

366. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 23. Mai 2016, 19:30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Vorsitz	Wälti Martin (SVP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
2. Vizepräsident	Hauser Adrian (BDP)
1. Stimmzähler	Christensen Sven (FDP)
2. Stimmzählerin	Büchel-Wampfler Sandra (SP)
Mitglieder	Kohler Walter (BDP) Läderach Christof (BDP) Walther-Steiner Erika (BDP)
	Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Moser-Utiger Silvia (EVP) Müller Bernhard (EVP) Utiger Heinz (EVP)
	Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP) Kämpfer Erwin (FDP) Kölliker Lenka (FDP) Maccaferri-Iseli Barbara (FDP) Messerli Gregor (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP)
	Graf Stefan (GLP) Jorio Marco (GLP) Jorio Nicola (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP) Bernhard Niklaus (SVP) Kohli Stephan (SVP) Stucki Simon (SVP) Wälti Sandra (SVP)
	Cavargna Tiziano (SP) Federer Guido (SP) Fröhlich Viktor (SP) Gränicher Marius (SP)

Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP)
Le Fort Werthmüller Geneviève (SP)
Nydegger Stefan (SP)
Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)

Abwesend Hirsbrunner Bruno (SVP)
 Stöckli Rolf (EVP)
 Suter Michael (FDP)
 Zbinden Rudolf (SVP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
 Hauser Ernst
 Leiser Thomas
 Masciadri Monica
 Moser Christoph
 Wermuth Bruno

Abteilungsleitende Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung
 Kolly Urs, Leiter der Sozialdienste
 Reusser Christian, Gemeindeschreiber
 Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
 Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Bergmann Christa, Lernende Präsidialabteilung
 Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 21. März 2016: Genehmigung
3. Verwaltungsbericht 2015: Genehmigung, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse
4. Gemeinderechnung 2015: Genehmigung
5. Informatik an den Schulen, Neuorientierung 2013-2015; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
6. Liegenschaft Biglenstrasse 529, Enggistein; Verkauf: Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse:
 - 7.1 Volkspostulat des Postulats-Komitees betreffend PRO funktionierendes Bären-Zentrum
 - 7.2 Motion der FDP-Fraktion betreffend Effizientere, günstigere und schlankere Sicherheitsstrukturen für Worb
 - 7.3 Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Regionales Angebotskonzept öffentlicher Verkehr 2018-2021
 - 7.4 Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	1	2013/17-265	143	12/0/0

Ratspräsident Wälti Martin:

- Die Einladungen zum Ratsausflug werden voraussichtlich mit den Sitzungsunterlagen der nächsten GGR-Sitzung vom 20. Juni 2016 verschickt. Ebenfalls wird euch der Terminplan für die Sitzungen im Jahr 2017 verschickt oder an der nächsten Sitzung verteilt.
- Leider muss ich über zwei Rücktritte informieren. Sandra Wälti verlässt die Gemeinde Worb infolge eines Wohnsitzwechsels und demissioniert aus diesem Grund per Ende 2016. Gleichzeitig verlässt sie auch die GPK, in welcher sie als Vizepräsidentin tätig war. Via Medien haben wir die Information erhalten, dass eine Gemeinderätin dieses Gremium per Ende Juni 2016 verlässt. Monica Masciadri hat sich entschieden per 30. Juni 2016 aus dem Gemeinderat zurückzutreten. Sandra Wälti wie auch Monica Masciadri werden sicherlich an der nächsten GGR-Sitzung noch teilnehmen.
- Die Traktandenliste der nächsten GGR-Sitzung ist noch mit keinem Sachgeschäft ausgestattet. Wir haben im Vorfeld über die Traktandenliste gesprochen. Die einzigen Traktanden sind bisher die Wahl eines GPK-Mitgliedes und ein Postulat. Aus diesem Grund haben der Ratspräsident und das Sekretariat die Durchführung der Sitzung hinterfragt. Wir warten die Eingabe der heutigen Vorstösse ab. Aktuell haben wir den Kenntnisstand, dass noch einige Vorstösse eingereicht werden. Das Ratsbüro wird am Donnerstag, 26. Mai 2016 an der Bürositzung entscheiden, ob die Sitzung vom 20. Juni 2016 stattfinden wird.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich begrüsse heute Abend ein neues Gesicht in diesem Saal. Es ist Urs Kolly, Abteilungsleiter der Sozialdienste. Urs, herzlich willkommen in diesem Kreis. Ich wünsche dir viel Freude und viel Befriedigung bei deinem Job als Abteilungsleiter der Sozialdienste.

Gemeinderätin Masciadri Monica, Departementsvorsteherin Soziales: Der Robi Rüfenacht ist der einzige öffentliche Platz im unteren Dorfteil von Rüfenacht. Die Bedeutung zeigt sich bei der Nutzung dieses Platzes. An einem schönen Nachmittag sind an diesem Platz schnell 40 Personen anzutreffen. Kinder, Eltern, Grosseltern, Tagesmütter, junge und ältere Personen. Alle Generationen und alle Kulturen treffen aufeinander. In den Frühlingsferien fand der FerienSpaß der Jugendarbeit statt und wer wollte, konnte sich vor Ort ein Bild machen. Wenn ihr die Gelegenheit nicht genutzt habt, dann könnt ihr diesen auch an einem anderen Mittwochnachmittag bei schönem Wetter machen. Es

wäre gut, wenn ihr euch in nächster Zeit ein Bild von diesem Platz machen würdet. Wenn es so läuft, wie es das Departement Soziales und das Projektteam Robi 2016 möchten, dann befinden die GGR-Mitglieder noch im September 2016 über die Zukunft des Spielplatzes Robi. Spielen auf dem Platz ist fast nicht mehr möglich, da die Infrastruktur fehlt. Zudem fehlt dem Platz Wasser, Toiletten, Licht und die Spielgeräte sind eigentlich inexistent oder vermodert. Wir können uns mit diesem Spielplatz nicht rühmen. Das Versprechen der Politik an die Bevölkerung von Rüfenacht, dass dieser Platz erneuert wird, ist mehr als zehn Jahre alt. Ich denke, wir sollten nun Nägel mit Köpfen machen. Ich muss dazu sagen, dass verschiedene Anläufe für die Aufwertung vorgenommen wurden, auch von meiner Seite, aber diese sind aus verschiedenen Parameter gescheitert. Vor einem Jahr hat das Departement Soziales dem Trägerverein für offene Jugendarbeit Worb (TJWO) den Auftrag gegeben ein Konzept auszuarbeiten. Darin soll enthalten sein was auf dem Robi-Platz möglich wäre, für wen solche Möglichkeiten geschaffen werden könnten, was es kostet und wer einen solchen Platz überhaupt will. Der TJWO, unter der Federführung von Jonathan Gimmel, hat anschliessend alle beteiligten Institutionen, welche aktuell auf dem Robi-Platz aktiv sind, mit ins Boot geholt. Dies sind die reformierte Kirchgemeinde, der ehemalige Robi-Verein und die Sozialbehörde. Der TJWO hat anschliessend dem Gemeinderat in einem Bericht aufgezeigt was auf diesem Platz möglich wäre. Es wurde auch erläutert, welche Mittel und Massnahmen benötigt werden, damit ein Neustart wirklich funktioniert. Die Dorfgemeinschaft Rüfenacht war ebenfalls bei diesem Projekt beteiligt und das war ein sehr wichtiger Part. Ich bedanke mich bei allen Personen, welche sich für diesen Platz engagieren und ihre Ideen einbringen. Wir sind ein sehr engagiertes Projektteam, welche sich für eine Zukunft des Robi-Platzes einsetzt. Insbesondere bedanke ich mich bei Jonathan Gimmel für den Antrieb im Projekt und bei Christian Reusser, seitens der Verwaltung. Aktuell wurden alle Auslegeordnungen gemacht und vom Gemeinderat genehmigt. Die Kostenschätzung für die Umgebungsgestaltung, das Robi-Häuschen und die Spielgeräte liegt vor. Die wiederkehrenden Kosten werden ermittelt und die wünschbaren Ideen müssen von den machbaren getrennt werden. Anschliessend werden wir das Geschäft in den jeweiligen Kommissionen behandeln. Wenn es nach dem Plan des Projektteams Robi 2016+ geht, dann befindet der Gemeinderat im Juni 2016 über das Detailkonzept und im September 2016 wird es im Grossen Gemeinderat behandelt. Im Oktober 2016 folgt der Spatenstich, über das Jahresende soll realisiert werden und im April 2017 kann die Einweihung stattfinden. Das ist mein Wunsch und dann haben alle Personen Freude, welche bereits heute immer wieder beim Robi Spielplatz anzutreffen sind. Ich hoffe auf eure Unterstützung und bedanke mich bestens.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP Worb hat die Entwicklung bezüglich der Wahl des Gemeindepäsidenten bei der FDP Worb und der damit verbundene Rücktritt von der Gemeinderätin Monica Masciadri mit Interesse verfolgt und mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Die SP Worb anerkennt die Leistung und das Engagement von Monica Masciadri. Sie hat in ihrer Amtszeit Vollgas gegeben, vieles erreicht und so manches ins Rollen gebracht. Zwar haben wir nicht auf der gleichen Position, aber immerhin im gleichen Team gespielt. Gemeinsam für Worb. Monica, besten Dank. Die SP bedauert den Rücktritt von Monica Masciadri und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Protokoll der Sitzung vom 21. März 2016: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	2	2013/17-266	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2015: Genehmigung, Abschreibung parlamentarische Vorstösse

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	3	2013/17-267	361	12/10/7

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Graf Stefan, ASK: Die Aufsichtskommission hat wie jedes Jahr den Verwaltungsbericht intensiv studiert, analysiert und in der Kommissionssitzung diskutiert. Wir sind beeindruckt von der grossen Arbeit, die dieses Jahr wieder geleistet wurde. Hinter der Redaktion dieses Berichtes steht viel Arbeit und noch viel mehr Arbeit war erforderlich, um die vielen Zahlen und Aussagen mit Inhalten zu füllen. Wir danken allen, die in irgendeiner Form zum Verwaltungsbericht 2015 beigetragen haben. Der Bericht ist auch dieses Jahr sehr informativ und ausführlich. Gegenüber dem Vorjahr ist er um vier Seiten kürzer geworden, was die ASK grundsätzlich begrüsst. Die ASK vermisst ganz konkrete Bezüge zum Dokument „Gemeindeentwicklung 2013-2017“. Wo steht Worb genau in Bezug auf dieses Dokument? Wie sieht die Entwicklung auf der Zeitachse aus? Auf das Dokument „Gemeindeentwicklung 2013-2017“ wird zwar hingewiesen. Die Aussagen sind aber häufig vage und wenig prospektiv.

Kühn-Blank Christa, SP: Die SP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht 2015 zur Kenntnis genommen und diskutiert. Wir bedanken uns bei der Verwaltung und der Departementsvorsteherin sowie den Departementsvorstehern für die Ausarbeitung dieses detaillierten Berichtes. Es ist immer interessant, für die Parlamentarier die Gemeindeentwicklung in Form von Zahlen vor sich zu sehen. Wichtig ist aber auch, wie Stefan bereits gesagt hat, dass die Inhalte durch die Departemente interpretiert werden. Dies geschieht aber noch zu wenig. Wir wünschen uns, dass diese Inhalte vermehrt analysiert würden und in den Zusammenhang zur gemeinderätlichen Vorschau gestellt würde. Dies würde uns das Lesen und Bewerten des Verwaltungsberichtes erleichtern. Noch einmal vielen Dank für das umfangreiche Werk. Die SP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht genehmigen.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Die BDP und die GLP genehmigen diesen Verwaltungsbericht. 62,5 Kilometer Wasserleitungen, dies ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt und zeigt uns, was es in der Gemeinde Worb alles gibt. Mich persönlich beeindruckt dies immer sehr. Auch die Budgetausgaben können mit diesem Bericht besser nachvollzogen werden. Der Verwaltungsbericht gibt uns sehr

detaillierte Auskunft über Dinge, welche wir nicht immer vor Augen haben. Wir danken all denjenigen ganz fest, die diesen Bericht zusammengetragen und verfasst haben.

Wälti Sandra, SVP: Die SVP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht für das Jahr 2015 zur Kenntnis genommen. Wie jedes Jahr ist der Bericht sehr umfassend, detailliert und informativ. Wir schätzen besonders die übersichtliche Darstellung, die es leicht macht, sich über das Geschehen in der Gemeinde Worb einen Überblick zu verschaffen. Wir sind uns bewusst, dass das alljährliche Verfassen des Verwaltungsberichts aufwändig und zeitintensiv ist. Jedoch erachten wir diese Arbeit als sehr lohnenswert und bedanken uns herzlich dafür. Die SVP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht genehmigen und ist auch einverstanden, die drei aufgeführten Vorstösse abzuschreiben.

Christensen Sven, FDP: Ich hoffe, dass es in Ordnung ist, wenn ich hier bereits alle Bemerkungen zum Verwaltungsbericht anbringe. Auch die FDP bedankt sich für den Verwaltungsbericht. Sie bedankt sich bei denjenigen, welche den Inhalt geliefert haben und das ist namentlich das ganze Verwaltungsteam. Diese Personen haben dazu beigetragen, dass wir einen solchen Bericht erhalten haben, da steckt wirklich viel Arbeit dahinter. Wie die ASK und die SP schon gesagt haben, was bringt uns dieser Bericht? Teilweise sehr viel, teilweise eher weniger. Beispiel: Irgendwo steht „Überprüfung der Stellenbewertung – Geplante Massnahmen. Die Zuordnung der Stellen in Gehaltsklassen wird überprüft. Die realisierten Massnahmen sind die Überprüfung der Stellenzuordnung ist in Angriff genommen worden“. Diese Aussage sagt uns Lesern eigentlich nicht viel. Wo stehen wir auf dieser Zeitachse? Was wurde bereits erledigt? Welche Resultate haben wir? Ich denke, dort benötigen wir ein gutes Controlling. Ich habe aber auch keinen Verbesserungsvorschlag. Die Verwaltung wird hier sicherlich eine Lösung finden. Aber wir können aus dem Verwaltungsbericht auch Wichtiges lesen, ableiten oder interpretieren. Zum Beispiel auf Seite 27 steht „Total versicherte Gebäude“. Dies sagt uns etwas aus über die Bautätigkeit in Worb. Wir haben vom Jahr 2012 gegenüber dem Jahr 2013 eine Zunahme von acht Gebäuden. Vom Jahr 2013 zum Jahr 2014 gab es eine Zunahme von 19 Liegenschaften und vom Jahr 2014 zum Jahr 2015 eine Zunahme von einem Gebäude. Dies ist leider beängstigend. Und dies im Bezug auf die gesamte Entwicklung von Worb. Dies bestätigt sich auch auf der Seite 30 des Berichts, „Ausgeführte Bauvorhaben, Um, An- und Ausbauten, Renovationen“. Im Jahr 2012 waren es noch 37. Im Jahr 2013 waren es 28. Im Jahr 2014 einige mehr, nämlich 35 und im Jahr 2015 nur noch zwölf. Dies ist als Alarmzeichen zu werten. Aus diesem Grund ist für uns die Ortsplanung sehr wichtig. Nur so können wir die Ziele erreichen. Dies ist auch bei den getätigten Investitionen ersichtlich. Im Jahr 2012 waren es noch 29 Mio. Franken. Im Jahr 2013 26 Mio. Franken, im Jahr 2014 22 Mio. Franken und im Jahr 2015 knapp 13 Mio. Franken. Diese und andere Informationen können wir aus dem Verwaltungsbericht herauslesen, richtig interpretieren und jetzt müssen wir handeln. Noch eine Bemerkung zu den Abschreibungen. Wir werden der Abschreibung von unserem Postulat aus dem Jahr 2012 „Wirtschaftsstrategie Worb 2020“ zustimmen. Der Inhalt ist für die FDP aber noch nicht erledigt. Die Rahmenbedingungen werden durch die Ortsplanung leicht verändert, aber es wird uns immer noch ein Anliegen sein. Im Weiteren bestehen 18 unerledigte Vorstösse. Schauen wir über die Gemeindegrenzen, dann stehen wir gut da. Ostermundigen hat 30, Muri 18, Steffisburg 21 hängige Vorstösse. In Worb ist ein unerledigter Vorstoss aus dem Jahr 2008 und dieser sollte meiner Meinung nach langsam erledigt werden. Interessant ist auch, wenn man diese 18 unerledigten Vorstösse den Departementen zuordnet. Der erste Rang teilen sich die Departemente Finanzen und Umwelt, zweiter Rang die Departemente Sicherheit, Bildung und Soziales und mit vier unerledigten Vorstössen das Departement Bau und mit elf unerledigten das Departement Planung. Dies müssen wir weiterhin beobachten. Die FDP ist der Meinung, dass diese Vorstösse in den Departementen möglichst rasch erledigt werden. Die FDP wird den Verwaltungsbericht mit den Abschreibungen genehmigen.

Müller Bernhard, EVP: Wie meine Vorredner möchte auch ich mich bedanken. Ich bin Neuling in diesem Parlament und ziemlich beeindruckt über diese riesige Arbeit und Zusammenstellung. Irgendwie bin ich noch gar nicht fertig mit dem Studieren dieses ausführlichen Berichts. Wirklich sehr spannend, wie dieser Bericht präsentiert wird. Dies ist für mich eine grosse Hilfe zum Nachschlagen und einen Dank an all diejenigen, die ihn verfasst und darin investiert haben. Ich habe keinen klugen Gedanken, was verbessert werden könnte, sondern bedanke mich einfach. Die EVP-Fraktion hat den Bericht diskutiert und wir werden ihn inklusive den Abschreibungen genehmigen.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat

Kühn-Blank Christa, SP: Ich habe eine Frage oder eine Anmerkung zu den unerledigten Vorstössen. Wir stehen nun im letzten Jahr dieser Legislatur. Es macht den Anschein, dass wir mit dem Volkspostulat „Attraktive Familienspielplatz“ und dem Postulat „Attraktiver und lebendiger Dorfschulhausplatz“ auch in dieser Legislatur nicht zu Ende kommen. Heute sind nur noch acht Personen hier im Saal, die damals im Jahr 2008, als diese Vorstösse eingereicht wurden, bereits hier dabei waren. Ich bin sehr gespannt, ob, wie und wann diese zwei Vorstösse abgeschrieben werden können.

Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Departement Präsidiales

Graf Stefan, ASK: Hier kann festgestellt werden, wie ich bereits in der Einleitung gesagt habe, dass die realisierten Massnahmen und Vorkehrungen im Soll-Ist-Vergleich etwas vage beschrieben werden. So werden zum Beispiel auf Seite 18, Nr. 2 beim Projekt „Verbesserung der Standortprofilierung“ die konkreten Massnahmen nicht weiter definiert. Aus unserer Sicht wäre dies wertvoll. Jetzt komme ich zu den konkreten Fragen. Wie erklärt sich auf Seite 19 der markante Anstieg von Anzahl Sitzungen und Geschäften der Personalkommission im Vergleich zu den Vorjahren? Auf der Seite 20/21 wird unter Ziffer 4 die Reduktion von 100 Stellenprozenten bei den vollamtlichen Hauswarten erwähnt. Beim Reinigungspersonal sind aufgrund des neuen Hauswartkonzeptes 100 Stellenprocente dazugekommen. Dies ist für uns noch nachvollziehbar. Diese Begründung korrespondiert jedoch nicht mit den Zahlen auf Seite 21. Im Jahr 2014 bestehen bei den nebenamtlichen Hauswarten und Reinigungspersonal 723 Stellenprocente und jetzt neu 841 Stellenprocente. Die Differenz ergibt nicht diese 100 %, welche auf der Seite 20 erwähnt sind.

Kühn-Blank Christa, SP: Im Wesentlichen haben wir ähnliche Fragen wie die ASK. Ich möchte den Fragekatalog noch um eine Frage erweitern. Nämlich steht auf Seite 20/21, dass beim Fürsorge- und Vormundschaftspersonal zusätzliche 175 Stellenprocente geschaffen wurden. Dies erstaunt, denn durch die Einführung der KESB ist in diesem Bereich doch eher eine Abnahme der Stellenprocente zu erwarten.

Wälti Sandra, SVP: Für mich stellt sich die gleiche Frage wie für Christa Kühn. Bei Punkt 4, Personaldienste, hätten wir gerne etwas genauere Hintergrundinformationen zu den zusätzlichen 175 Stellenprozenten bei den Sozialdiensten. Es ist für uns schwierig nachvollziehbar, dass hauptsächlich wegen Sekretariatsoptimierung in der Sozialabteilung zusätzlich 175 Stellenprozenten benötigt werden. Unter Sekretariatsoptimierung verstehen wir eher eine effizientere Aufgabenerledigung mit gleich bleibenden Stellenprozenten.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich beginne mit der Personalkommission – Überprüfung der Stellenbewertung. Dies wurde ja bereits bemängelt, dass wir dies nur in Angriff genommen hätten. Das ist tatsächlich so. Wir konnten dies im letzten Jahr nicht wie geplant fertigstellen. Der Grund ist die ausfallende Leitungsperson der Sozialdienste, was zu mehr Arbeit bei der Präsidialabteilung, insbesondere für Christian Reusser, führte. Deshalb hat die Zeit gefehlt, um alles so zu erledigen, wie wir es vorgehabt hatten. Wir sind jedoch jetzt an der Bearbeitung dieses Geschäfts. Momentan läuft die Vernehmlassung vom Personal, da werden wir dieses Jahr sicher fertig. Dieses Projekt ist auch der Grund, wieso die Personalkommission wesentlich mehr Sitzungen und Geschäfte behandelt hat. Betreffend dem Hauswartkonzept. Wir beziehen uns auf die Werte auf Seite 21. Das ist so, dass im Jahr 2014 bei den nebenamtlichen Hauswarten und Reinigungspersonal 723 Stellenprozenten waren und am 31. Dezember 2015 sind es 841 Stellenprozenten. Dieser Wert ist auf den Stichtag bezogen. Wenn an diesem Tag eine Vakanz besteht, gibt es diese Zahl, welche an diesem Tag besteht. Wenn ihr das Jahr 2013 anschaut, da hatten wir 775 Stellenprozenten, im Jahr 2014 hatten wir mit 723 Stellenprozenten offensichtlich eine kleinere Vakanz und anschliessend haben wir die Aufstockung um 100 Stellenprozenten vorgenommen. Deshalb sind auch diese 841 Stellenprozenten Ende 2015 vorgelegen. Dies die Begründung. Die Vorstösse aus dem Departement Planung, welche die Ortsplanung betreffen, können wir tatsächlich erst abschreiben, wenn die Ortsplanung genehmigt wurde. Dies kann nicht früher erfolgen, sondern erst, wenn die Forderungen auch umgesetzt sind. Was das Standortmarketing betrifft, hat der Gemeinderat letzten Herbst das Dokument „Standortmarketing der Gemeinde Worb“ verabschiedet. Dort sind die Massnahmen festgehalten, welche der Gemeinderat in diesem Bereich umsetzen will. Dies zur Frage von Christa Kühn. Es sind drei Themen, welche in diesem Dokument behandelt werden. Das erste ist Image-Marketing, das zweite betrifft die Stärkung des Kontakts mit den wichtigen lokalen Wirtschaftspartnern und das dritte Thema befasst sich mit standortpolitischen Massnahmen. Zum ersten Thema, Image-Marketing, haben wir eine ganze Reihe Massnahmen vorgesehen. Eine oder sogar zwei davon haben alle miterlebt, welche an der Woxpo gewesen waren. Wir wollen nämlich ein neues Logo für die Gemeinde Worb erstellen, wir wollen einen neuen Claim, wir wollen effektiv den Auftritt der Gemeinde verändern. Bis jetzt hat unsere Gemeinde mit dem bisherigen Auftritt den Schwerpunkt Tradition vermittelt. Mit dem neuen Claim wollen wir nun auch mehr Harmonie und Offenheit transportieren. Dieses Geschäft ist in Bearbeitung. Auf der neuen Website wollen wir die Fotos anpassen und den Text auf der Portraitseite sowie das Image überarbeiten. Zudem soll eine App für Worb erstellt werden. Es wird auch geprüft, ob soziale Medien genutzt werden sollen. Schliesslich wollen wir auch ein Standortmagazin erstellen. Im Wesentlichen ist dies dieselbe Broschüre über unsere Gemeinde, welche den Neuzuzüglern abgegeben wird. Dies, was das Image-Marketing betrifft. Was die Stärkung des Kontakts mit wichtigen lokalen Wirtschaftspartnern betrifft, wollen wir eine Wirtschaftsdelegation gründen. Wir wollen auch einen regelmässigen Wirtschaftsbrunch durchführen mit Vertretern des Gewerbes. Eine erste Auflage hatten wir letztes Jahr, da hat der Gewerbeverein entsprechend eingeladen. Das dritte Thema, die standortpolitischen Massnahmen, bezieht sich einerseits auf die Ortsplanungsrevision und andererseits, dass wir die Ressourcen für das Standortmarketing erhöhen wollen. Dies haben wir erledigt, indem wir das Geld, das wir

jährlich vom Anzeiger für unsere Gemeinde erhalten, für diesen Zweck reserviert haben. Dies sind Fragen, welche den Themenbereich Standortmarketing betreffen. Die 175 Stellenprozente beim Fürsorge- und Vormundschaftspersonal sind für die Administration der Sozialdienste geschaffen worden. Diese Stellenkapazitäten waren bisher sehr knapp bemessen. Die Abteilung hat sich immer wieder beholfen, indem Personen befristet angestellt wurden. Teilweise wurden Lernende, welche die Ausbildung abgeschlossen haben, entsprechend weiterbeschäftigt. Zum Teil haben auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter administrative Arbeiten selber erledigt haben. Es wurde bemerkt, dass dies nicht korrekt ist. Der Kanton hat am 1. Januar 2016 auch das Rechnungswesen für die Klienten völlig neu organisiert, was zu einem weiteren beträchtlichen zusätzlichen Aufwand geführt. In dieser Situation war es dringend nötig, dass einerseits die Administration reorganisiert wurde und andererseits auch Stellenprozente im Bereich der Administration der Sozialdienste erhöht wurden, so dass die Administration effektiv ihre Aufgaben vollständig und auch zeitgerecht erledigen kann. Es gab zum Teil sehr lange Pendenzenlisten. Was den Bezug zur KESB angeht, muss ich einfach sagen, dass die KESB einen Ersatz für die Fürsorge- und Vormundschaftskommission ist. An Stelle dieser Laienkommission, die früher bestand, haben wir heute die professionellen Personen, welche dort arbeiten. Aber die Geschäfte müssen genauso wie vorher vorbereitet werden. Die Geschäftsvorbereitung passiert natürlich bei uns, im Bereich der Sozialdienste. Wenn wir ehrlich sind, ist der Aufwand von heute wahrscheinlich sogar noch grösser, weil diese Personen die Örtlichkeiten und Fälle nicht so gut kennen, wie dies bei den Vertretern der Fürsorge- und Vormundschaftskommission der Fall war. Diese waren hier ansässig und wussten, welche Personen hier wohnen. Deshalb ist mit der Einführung der KESB auch mit einem steigenden Aufwand zu rechnen.

Departement Finanzen

Graf Stefan, ASK: Die ASK haut heute immer wieder etwas in die gleiche Kerbe. Wir kommen wieder auf den Soll-Ist-Vergleich. Auf der Seite 23 steht unter der Nr. 1 in der Spalte „im Berichtsjahr realisiert Massnahmen / Vorkehrungen“, dass die Prüfung von alternativen Lösungsvorschlägen zum Teil erfolgt sei, jedoch noch der Optimierung bedürfe. Uns interessiert, in welchem Bereich Optimierungen ausgemacht wurden und welche genau das sind.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, stv. Departementsvorsteher Finanzen: Weil Markus Lädach in den Ferien ist, werden wir diese Frage in der nächsten Sitzung beantworten.

Departement Bau

Graf Stefan, ASK: Wie die FDP dies bereits erwähnt hat, ist auch der ASK aufgefallen, dass die Investitionen in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Dieser Rückgang hat uns nachdenklich gestimmt. Ein Beispiel im Bereich Wohnungsbau: Letztes Jahr sind noch gerade mal 5,2 Mio. Franken investiert worden. Im Jahr 2012 waren es 17 Mio. Franken und im Jahr 2014 immerhin noch 11 Mio. Franken. Auf Seite 31, Ziffer 3.3.2, ist für uns bei der Überprüfung des Hauswartkonzeptes ein Widerspruch vorhanden. Einerseits ist hier geschrieben, dass mit dem Konzept bereits einige Erfolge verzeichnet werden konnten. Andererseits steht, dass bei Teilen der Lehrpersonen eine gewisse Unsicherheit hervorgerufen wurde. Welche Erfolge sind damit gemeint, wenn es doch noch so Unsicherheiten gibt?

Kühn-Blank Christa, SP: Ich habe eine Frage zu Seite 32 zum Punkt 4.1.3, Multifunktionsplatz Stärnematt. Wir lesen da „In der zweiten Jahreshälfte wurde der Multifunktionsplatz vom Konzept bis zum Bauprojekt entwickelt.“ Wie kommt es, dass uns auf meine einfache Anfrage vom Novem-

ber 2015 im Dezember 2015 folgende Antwort gegeben wurde? Ich zitiere: „Leider hast du den Vorstoss zu früh eingereicht. Der Gemeinderat kann zu diesem Zeitpunkt noch keine detaillierten und umfassenden Antworten geben.“ Scheinbar war da im Dezember 2015 nach doch fünf Monaten noch gar nichts klar. Und dann eilt es plötzlich. In den Mitteilungen der nächsten Sitzung, der Februarsitzung 2016, vernehmen wir: „Damit ständig ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen, will der Gemeinderat das Projekt für den Multifunktionsplatz auf der Stärnematt weiterverfolgen und dem Grossen Gemeinderat in der Märzsession 2016 zur Beschlussfassung unterbreiten.“ Dieser Satz auf Seite 32 hat mich schon ein bisschen befremdet. Ich möchte fragen, wie das eigentlich gekommen ist?

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Zuerst die Frage betreffend der Überprüfung vom Hauswartkonzept. Dort hat man die ganze Organisationsstruktur, Controlling, Aufgabenteilung mit den Schulleitungen abgesprochen und hat dies auch umgesetzt. Aber wie genau, wo wir jetzt bei dieser Erfolgskontrolle sind, kann ich noch nicht sagen. Im Moment ist es so, dass die Hauswarte sehr gut arbeiten und auch dementsprechend eingesetzt sind. Von den Lehrpersonen haben wir nichts mehr gehört. Zu diesem schönen Multifunktionsplatz: Die Auskunft an der Sitzung vom 7. Dezember 2015 war auch aus heutiger Sicht korrekt und umfassend gewesen. Ich habe, wenn man das Protokoll dieser Sitzung liest, nicht nur gesagt, dass ich keine Antwort geben kann. Ich habe auch gesagt, warum ich keine Antwort geben kann. Zwar war dieses Geschäft im November/Dezember erst noch in der Vorbereitung gewesen. Es bestanden verschiedene offene Fragen. Zudem, das Wichtigste, im Dezember 2015 mussten die Vertragsverhandlungen mit dem Grundeigentümer durchgeführt werden und ich denke, es wäre falsch gewesen, wenn ich ohne Unterschrift irgendetwas erzählt hätte. Ich habe damals auch gesagt, dass der Gemeinderat erst im Januar das Geschäft in einer Klausursitzung intensiv bearbeiten wird und anschliessend können diese Fragen beantwortet werden. Dort muss ich noch ausführen, dass dieses Geschäft im weitesten Sinn in der Verwaltung und in den Departementen bearbeitet wird und diese stellen anschliessend dem Gemeinderat den Antrag. Also ist es klar, dass der Gemeinderat, über kein Geschäft orientieren oder informieren kann, bevor er nicht darüber diskutiert hat. Er muss sich damit auseinandersetzen und eine Haltung entwickeln können. Wie wäre dies gewesen, wenn ich im Dezember etwas erzählt hätte und im Januar hätte der Gemeinderat gesagt, dies kommt nicht infrage. Dann hätten wir das Chaos gehabt. Ich habe es damals in der GGR-Sitzung noch erwähnt, dass der Gemeinderat im Januar in der Klausur zusammensitzt und dieses Geschäft behandelt und anschliessend die Beschlussfassung hier in der Kompetenz des GGR ist. Im März haben wir über dieses Geschäft diskutiert.

Graf Stefan, ASK: Nun habe ich noch ein Schlusswort. Wenn ich dich, Ernst Hauser, richtig verstanden habe, hast du den Verwaltungsbericht leicht korrigiert. Heisst das, im neuen Hauswartkonzept können noch keine neuen Erfolge verzeichnet werden.

Departement Umwelt

Graf Stefan, ASK: Beim Departement Umwelt ist der ASK besonders erfreulich aufgefallen, dass in unserer Gemeinde im Jahr 2015 generell weniger Abfall erzeugt wurde als in den Vorjahren. Wir hoffen, dass dieser Trend anhalten wird. Wieso ist die geplante Massnahme auf Seite 34, Projekt Nr. 1, bei der Weiterbildung der Hauswarte bei den realisierten Massnahmen nicht mehr erwähnt? Auf Seite 35 steht beim zweitletzten Abschnitt „Trotz Vervielfachung des zertifizierten Ökostrombezuges konnten die Kosten für den Bezug von zertifiziertem Ökostrom gesenkt werden.“ Aus unserer Sicht sollte dort nicht „trotz“ sondern „durch“ oder „dank“ stehen.

Gemeinderat Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Umwelt: Wenn wir etwas Zeit sparen möchten, wäre es praktisch, wenn man solche Fragen vorgängig erhalten würde. Die Ausbildung der Hauswarte hat stattgefunden, wurde hier aber fälschlicherweise nicht aufgeschrieben. Was die Kosten des Ökostrombezuges angeht, haben wir neue Verträge mit einer Firma in Zug abgeschlossen. Den Vertrag mit der BKW haben wir gekündigt. Durch diesen Anbieterwechsel konnten wir glücklicherweise bessere Verträge machen.

Departement Bildung

Graf Stefan, ASK: Beim Departement Bildung ist besonders erwähnenswert, dass die Nachfrage nach dem freiwilligen Schulsport sehr gross ist und alle ausgeschriebenen Kurse sehr gut besucht werden. Es soll niemand sagen, die Jugend sei bewegungsfaul. Die Anzahl bewilligter Gesuche und somit die Höhe der ausbezahlten Gemeindebeiträge im Bereich Schulzahnpflege sind deutlich gesunken. Auch dies ist eine positive Entwicklung. Dagegen wird offenbar immer weniger gelesen, was die Statistiken der Bibliotheken zeigen. In der Bibliothek Rüfenacht werden weniger Bücher, dafür mehr Nonbooks ausgeliehen. Besonders eindrücklich: Die Anzahl Schülerinnen und Schüler ist gemäss Statistik auf Seite 48 gestiegen, die Stellenprozente der Lehrpersonen in der gleichen Periode gesunken. Interessant wäre auch zu wissen, wie viele Schüler aus dem Ortsteil Lochi Ried nach Schlosswil in die Schule gehen. In der Jahresrechnung ist dafür ein Betrag von CHF 240'000.- ausgewiesen.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Vielen Dank für diese Frage. Es ist interessant, in der Fraktion hatten wir die gleiche Frage behandelt. Ich habe diese Zahlen zusammenstellen lassen und kann deshalb genau Auskunft geben. Die Schülerzahlen von Lochi Ried werden immer Mitte September erhoben. Das heisst, folgende Zahlen haben den Stand vom 15. September 2015: Fünf Kinder besuchen den Kindergarten in Schlosswil. 16 Schüler/innen sind in der Primarstufe (erste bis sechste Klasse), zwei Schüler/innen sind in der Realschule und vier Schüler/innen in der Sekundarschule (siebte bis neunte Klasse). Zusammen sind dies 27 Kinder und ich habe noch gestaunt, wie viel schulpflichtige Kinder in Lochi Ried wohnen. Mit Ausnahme der Sekundarschüler/innen, welche nach Grosshöchstetten gehen, besuchen momentan noch alle Schüler/innen die Schule in Schlosswil. Ab dem neuen Schuljahr wird die Realschule nach Grosshöchstetten verlegt, was zur Folge hat, dass alle Schülerinnen und Schüler die Oberstufe in Grosshöchstetten besuchen werden. Es macht meiner Meinung nach Sinn, dass die gesamte Oberstufe in Grosshöchstetten sein wird.

Departement Soziales

Graf Stefan, ASK: Auf Seite 52 haben wir unter der Ziffer 3.1 eine interessante Feststellung: „Trotz gestiegenen Anzahl Sozialberatungen werden immer weniger Personen finanziell unterstützt.“ Die ASK interessiert es, ob die Beratungen so erfolgreich waren oder, ob die verbleibenden zu unterstützenden Personen intensivere Beratungen benötigen? Ebenfalls auf Seite 52 machen wir die Feststellung, dass prozentual viel mehr 36 bis 50-jährige Personen finanziell unterstützt werden als 50 bis 65-jährige Personen. Dies hat uns erstaunt. Auf den Seiten 55 und 56 geht es um die Schulsozialarbeit. Vielleicht mögt ihr euch erinnern, dass die ASK im letzten Jahr bemängelt hat, dass die Schulsozialarbeit gemäss aufgeführter Statistik sehr viele Prozente ihrer Tätigkeit für administrative Arbeiten aufgewendet hat. Diese Statistik fehlt im vorliegenden Verwaltungsbericht. Dafür werden neu die Dossiers detaillierter untersucht, wobei wir hier keinen Vergleich zum Vorjahr haben. Aus Sicht der ASK hätte man gut die bisherige Statistik weiterführen können. Denn aus Sicht der ASK

hatte die Departementsvorsteherin, Monica Masciadri, hat den verhältnismässig hohen administrativen Aufwand an der letztjährigen GGR-Sitzung sehr gut begründet.

Kühn-Blank Christa, SP: Ich möchte zuerst der Vorsteherin dieses Departementes danken für die Ausführungen, die sie unter den Mitteilungen ganz am Anfang gemacht hat. Wir haben in der SP-Fraktion festgestellt, dass auf Seite 50 und 51, Punkt 5, die Ausführungen zum Robi für Laien nicht ganz klar waren. Dies wurde vorher nachgeholt, ich denke, wir haben alle verstanden, um was es ging. Dann möchte ich auch auf die Schulsozialarbeit zu sprechen kommen. Auch uns ist aufgefallen, dass nicht mehr alles gleich dargestellt ist wie vor einem Jahr. Wir haben aber auch festgestellt, dass die Schulsozialarbeit erfreulich gut etabliert ist, findet doch ein sehr hoher Anteil von Zuweisungen durch die Schülerinnen und Schüler selbst oder die Eltern statt. Also es wird nicht von aussen zugewiesen.

Gemeinderätin Masciadri Monica, Departementsvorsteherin Soziales: Ich muss noch etwas zum Robi sagen. Es ist tatsächlich so. Wenn da steht „Die Baubewilligung ist hängig beim Regierungstatthalter“, dann ist es etwas verwirrend, weil die ist, natürlich noch nicht eingereicht. Solange wir die Zustimmung vom Grossen Gemeinderat und vom Gemeinderat nicht haben, reichen wir natürlich keine Baubewilligungen ein. Dies hier bezieht sich auf das, was anfangs 2015 passiert ist auf dem Robi. Da kamen auf ganz wundersame Weise Häuschen auf den Robi, quasi über Nacht standen die da und niemand wusste, wer diese gebracht hatte. Ich kann euch sagen, die werden auf genauso wundersame Weise wieder verschwinden. Es gibt tatsächlich Leute, die diese Container, die dort stehen, ganz gut gebrauchen können. Aber damit die dort für eine Zeit stehen dürfen, bräuchten wir eine Baubewilligung. Zu den Anzahl Sozialberatungen ist das, was du Stefan noch gesagt hast. Ja, es ist genau deshalb, weil die Beratungen zugenommen haben, sind die Fallzahlen gesunken. Dies ist ein Leistungsausweis für die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und dafür danke ich ihnen sehr. Was die Statistik der Schulsozialarbeit betrifft, bin ich mit euch einig, dass der Vergleich nun sehr schwierig ist. Aber sind wir doch ehrlich, mit diesen Aussagen kann mindestens ich etwas anfangen, was bis anhin in den Verwaltungsberichten nicht der Fall war. Ich würde doch schon sehr davon abraten, dass wir wieder zurück zu der alten Darstellung gehen, auch wenn jetzt die Vergleichbarkeit fehlt. Die neue Darstellung ist ausführlicher und erklärt die Arbeit, die sie dort leisten, meiner Meinung nach viel besser.

Departement Sicherheit

Graf Stefan, ASK: Auf Seite 57 fehlt uns bei dem Projekt Nr. 2 das Resultat der Alkoholtestkäufe. Auf Seite 58 stellen wir fest, dass die Wohnbevölkerung um eine Person abgenommen hat. Gemäss dem Dokument „Gemeindeentwicklung 2013-2017“ wäre plus 50 Personen das Ziel. Auf Seite 59 sind das erste Mal die sogenannten Erstgespräche erwähnt. Die Erstgespräche müssen seit dem 1. Januar 2015 durch die Fremdenkontrolle geführt werden, sobald sich eine ausländische Person in der Gemeinde Worb anmelden will. Die Integrationsstelle wird vom Kanton geführt. Die Gemeindeverwaltung hat diese Informationen der ASK zusätzlich zum Bericht abgegeben.

Kühn-Blank Christa, SP: Zuerst eine Bemerkung zum Soll-Ist-Vergleich mit der gemeinderätlichen Vorschau auf Seite 57. Die SP-Fraktion findet die Spalte „Im Berichtsjahr realisiert Massnahmen/Vorkehrungen“ sehr vage. Ich brauche ein hartes Wort, ich sage es ist oberflächlich. Wir hätten nebst dem Projekt zwei zu den Alkoholtesteinkäufen gerne auch noch Auskunft zu Projekt drei: Wie viele gemeinsame Feuerwehrrübungen haben denn da stattgefunden? Oder zu Projekt vier: Was haben diese 26 Verkehrsmessungen ergeben? Ich denke, das könnte man jeweils sehr kurz erläu-

tern. Es hat ja einen Sinn, dass man diese Kontrollen durchführt und ich denke, wir haben auch ein Anrecht darauf, zu erfahren, was dabei herausgekommen ist. Auf Seite 62 bei Punkt 10.3 haben wir festgestellt, dass bei den Geschwindigkeitskontrollen sehr viel mehr Fahrzeuge als im Vorjahr kontrolliert wurden. Gibt es dafür einen Grund oder hat dies einen Zusammenhang mit dem obenstehenden Satz, dass die Polizei anderes Zahlenmaterial liefert? Das hat uns ein bisschen erstaunt.

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Bei den letztjährigen Alkoholtstkäufen sind bei zwei Durchführungen Missstände festgestellt worden. Es haben in folgenden Bereichen zehn gemeinsame Übungen stattgefunden: Einsatzleiter/Verkehr, Feuerwehr und dem Zivilschutz, Verkehr in der Region, Führungsunterstützung, Elektro-Fachdienstübungen beim Einsatzleiter und im Atemschutz. Feuerwehren aus folgenden Ortschaften waren mit dabei: Grosshöchstetten, Rubigen, Gumm und Konolfingen. Die Verkehrsmessungen dienen auch als Grundlage für eventuelle Massnahmen und werden insbesondere für die Beurteilung für die Verkehrssanierung gesammelt. Wieso wurden drei Mal mehr Fahrzeuge kontrolliert als in den Vorjahren? Auf der einen Seite wurde von der Polizeiabteilung im Zusammenhang mit der Verkehrsmessung mehr Radarkontrollen gewünscht. Daraus können eventuelle Massnahmen getroffen werden. Dank diesen Verkehrsmessungen konnten wir definieren, wo gezielt Radarkontrollen eingeführt werden mussten. Ihr habt vielleicht auch bemerkt, dass der Radaranhänger in der Gemeinde an verschiedenen Orten eine ganze Woche positioniert war. Über eine ganze Woche werden natürlich viel mehr Fahrzeuge gemessen, weshalb die Anzahl kontrollierter Fahrzeuge gestiegen ist.

Departement Planung

Graf Stefan, ASK: Die ASK greift wieder das Hauptthema des diesjährigen Verwaltungsberichtes auf. Auf Seite 66 ist der Soll-Ist-Vergleich, gemessen an der Wichtigkeit der aufgeführten Projekte, sehr knapp gehalten und gibt aus unserer Sicht zu wenig detaillierte Auskunft über die einzelnen Projekte.

Antrag und Beschluss

Graf Stefan, ASK: Das Wichtigste habe ich noch nicht gesagt. Die ASK beantragt, den Verwaltungsbericht 2015 zu genehmigen und die drei Postulate abzuschreiben.

Kühn-Blank Christa, SP: Die SP-Fraktion stellt den Antrag, dass das Postulat „Wirtschaftsstrategie Worb 2020“ nicht abgeschrieben werden soll. Ich gehe von der Definition der Begriffe aus, das Ziel ist das, was erreicht werden soll. Und die Strategie ist die Art und Weise, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Zwar wurde ein einziges messbares Ziel formuliert, nämlich dass bis 2017 200 Stellen geschaffen werden sollen. Für uns ist aber nicht ersichtlich, worin die Wirtschaftsstrategie von Worb bestehen soll. Weder sehen wir eine klare strategische Ausrichtung, noch eine klare Massnahmenplan in der Begründung für die Abschreibung dieses Postulates. Deshalb stellen wir diesen Antrag auf Nichtabschreiben.

Beschluss zum Antrag der SP-Fraktion, das Postulat der FDP-Fraktion betreffend Wirtschaftsstrategie 2020 nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 19 zu 16 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2015 wird genehmigt.
2. Mit den im Kapitel Grosser Gemeinderat, Ziff. 3.3, angegebenen Begründungen werden abgeschrieben:
 - Postulat der EVP-Fraktion vom 13. September 2013 betreffend Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier
 - Postulat der SP-Fraktion vom 12. Dezember 2011 betreffend Informationen für Familien
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 2012 betreffend Wirtschaftsstrategie Worb 2020.

Gemeinderechnung 2015: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	4	2013/17-268	1321	21/20

DetailberatungAllgemeine Bemerkungen

Aebersold Daniel, ASK: In der gemeinsamen Sitzung der ASK und der GPK vom 17. Mai 2016 haben die Herren Jonas Weil, Markus Lädach sowie Herr Steffen von der Firma T&R AG uns ausführlich über die Rechnung 2015 informiert. Der Bestätigungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans vom 18. April 2016 ist bei den Unterlagen vorhanden. Ich gehe nicht weiter darauf ein. Jonas Weil und Markus Lädach erläuterten die Rechnung 2015 mit einem Handout. Ich werde hier nicht die detaillierten Zahlen erwähnen. Erfreulich ist, dass die Rechnung gegenüber dem Voranschlag 2015 um CHF 907'605.- besser abschliesst. Die Gründe für die Besserstellung liegen hauptsächlich bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Insgesamt wurden die geplanten Steuererträge um 1.02 Mio. Franken übertroffen. Mit Bruttoinvestitionen von knapp 7.76 Mio. Franken wurde ähnlich, wie im Vorjahr, ein relativ hohes Investitionsvolumen realisiert.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, stv. Departementsvorsteher Finanzen: Da Markus Lädach in den Ferien ist, darf ich euch die Rechnung präsentieren. Die Jahresrechnung 2015 der Einwohnergemeinde Worb schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 854'889.- ab. Der Voranschlag 2015 hat noch mit einem Fehlbetrag von CHF 52'716.- gerechnet. Die Rechnung 2015 schliesst gegenüber dem Voranschlag somit um CHF 907'605.- besser ab. Die Selbstfinanzierung von 9.1 Mio. Franken ist erfreulich hoch und ist ungefähr zweieinhalb Mal so gross wie der vorgesehene Wert im Voranschlag. Damit können natürlich die Nettoinvestitionen von 2.4 Mio. Franken finanziert werden. Etwas was uns heute sehr beschäftigt, sind die übrigen Abschreibungen. Mit dieser

Rechnung besteht ein letztes Mal die Möglichkeit, den Überschuss für übrige Abschreibungen einzusetzen. Unter HRM2 ist dies nicht mehr möglich. Der Vorteil dieser Massnahme besteht darin, dass wir damit die Rechnung in den nächsten zwölf Jahren entlasten können. Wir müssen bekanntlich das Verwaltungsvermögen, welches Ende 2015 23 Mio. Franken war, während dieser Zeit abschreiben. Dies hilft uns sehr und entlastet die kommenden zwölf Rechnungen ungefähr um jährlich ca. CHF 390'000.-. Mit dieser Massnahme tragen wir nachhaltig zur Gesundung der Gemeindefinanzen bei. Ich bitte euch deshalb schon jetzt, dem Nachkredit für übrige Abschreibungen von 4.65 Mio. Franken gemäss Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Der erwähnte Ertragsüberschuss von CHF 855'000.- erhöht unser Eigenkapital um rund 4,1 Steueranlagezehntel und wappnet uns besser vor zukünftigen negativen Rechnungsabschlüssen. Was sind die wichtigsten Besserstellungen? Die sind im Munde aller Leute. Nämlich die Buchgewinne, welche mit den Liegenschaftsverkäufen aus dem Verkauf des Altersheims von 4.3 Mio. Franken und den drei Liegenschaftsverkäufen am Ballenbühlweg mit einem Buchgewinn von 0.38 Mio. Franken. Was auch sehr interessant ist, dass die Steuereinnahmen gut eine 1 Mio. Franken höher ausfallen als im Voranschlag erwartet. Der Nettoaufwand im Bereich Sozialhilfe ist um knapp CHF 900'000.- tiefer ausgefallen. Das ist sehr erfreulich, weil somit dieser Betrag in den Bereichen Fürsorge, Vorschüsse und Bevorschussungen nicht geleistet werden musste. Beim öffentlichen Verkehr, dies habe ich heute noch abgeklärt, da wurde beim Budget effektiv ein zu hoher Betrag eingesetzt. Aber der aktuelle Wert von 1.1 Mio. Franken entspricht in etwa den Vorjahren. Die Abschreibungen vom Verwaltungsvermögen fallen tiefer aus, weil weniger investiert worden ist. Bei den Mehraufwänden habe ich die beantragten übrigen Abschreibungen in der Höhe von 4.65 Mio. Franken bereits erwähnt. Im Bereich Dienstleistungen Dritten hatten wir bei der Abteilung Sozialdienste bekanntlich Vakanzen und benötigten externes Personal für die Überbrückung. Die höheren Aufwände entsprechen einem Betrag von CHF 185'000.-. Ein Teil dieser Kosten kann durch Einsparung bei den budgetierten Löhnen kompensiert werden und im Rahmen der kantonalen Vorgaben dem Lastenausgleich zugeführt werden. Bei der Lastenverteilung Lehrerbesehung haben wir im vergangenen Jahr CHF 90'000.- mehr bezahlt als budgetiert. Das Problem hier ist, dass beim Budgetprozess im Frühling noch nicht klar ist, welche Klassen in der zweiten Hälfte des darauffolgenden Jahres geführt werden. Dies wird jeweils erst im Frühling des darauffolgenden Jahres festgelegt. Im Bereich der Sozialhilfe habe ich bereits erwähnt, dass CHF 900'000.- weniger ausgegeben wurde. Somit bekommt die Gemeinde auch CHF 900'000.- weniger vom Kanton zurück. Dazu kommt noch dieser Betrag von CHF 550'000.-, welcher korrigiert werden musste. Der Betrag ist aufgrund eines Systemswechsels entstanden, welche die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) im Bereich der Krankenkassenprämien vorgenommen hat. Eigentlich hätte die Korrektur bereits im Jahr 2014 vorgenommen werden müssen. Das hätte dementsprechend eine Schlechterstellung der Rechnung 2014 gegeben. Aber wir können Niemanden einen Strick drehen, denn die entsprechende Verfügung der GEF ist erst im Juli 2015 bei uns eingetroffen. Zu diesem Zeitpunkt hat der Grosse Gemeinderat längstens die Rechnung genehmigt. Die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen sind deutlich höher als im Voranschlag budgetiert. Demgegenüber stehen beträchtliche Mindereinnahmen bei den Gewinnsteuern der juristischen Personen sowie bei den Grundstückgewinnsteuern. Budgetiert wurde ein Betrag von CHF 819'000.-, effektive Einnahmen waren CHF 200'000.-. Wenn wir kurz die Entwicklung des Gesamtsteuerertrags seit dem Jahr 2009 anschauen. Wenn die vergangenen Jahre verglichen werden, dann sehen wir, wie stark hier der Steuerertrag der natürlichen Personen hineinspielt. Im Jahr 2014 nahm man gut 19.9 Mio. Franken ein und im darauffolgenden Jahr 22.5 Mio. Franken. 1.5 Mio. Franken sind der Erhöhung des Steuerzehntels zurückzuführen. Was hier dazu kommt, ist die erfreuliche Zunahme von 1 Mio. Franken bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Dem gegenüber steht der stark abfallende Ertrag der juristischen Personen. In den letzten Jahren war der Wert immer so bei ca. CHF 500'000.- bis 600'000.-. Nach dem ausserordentlich

guten Wert in der Rechnung 2014 ist dieser Wert weit unter den Durchschnitt zurückgefallen. Statt dem Betrag von den üblichen CHF 800'000.-, welcher in Worb üblicherweise erwartet werden könnte, sind 2015 nur CHF 180'000.- eingegangen. Dieser Einbruch wird so begründet, dass Firmen im Zusammenhang mit der Realisierung des Rosenparks in Rüfenacht ausserordentliche und einmalige Erträge erzielt haben und diese dann versteuern mussten. Einige dieser Firmen wurden in der Zwischenzeit neu und tiefer definitiv veranlagt. Ich gehe mittelfristig davon aus, dass um die CHF 800'000.- generiert werden können. Im Vergleich mit den Gemeinden unseres Benchmarks sind die Erträge der Gemeinde Worb am unteren Ende der Rangliste. Mit der Erschliessung des ESP Worbodens durch die Spange Nord liegt nun aber Gewerbeland für die Ansiedlung von neuen Firmen vor. Wir sind in enger Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern bestrebt, zahlungskräftige Firmen nach Worb zu ziehen. Zu den Investitionen. Mit Bruttoinvestitionen von knapp 7.76 Mio. Franken wurde, ähnlich wie im Vorjahr, ein relativ hohes Investitionsvolumen realisiert. Allerdings liegt dieser Wert unter den budgetierten 9.20 Mio. Franken. Dies vor allem wegen noch nicht ausgeführten beziehungsweise nicht fertiggestellten Projekt Umbau der Schulanlage Rüfenacht. Auch bei der Abwasserentsorgung war ein höherer Betrag als die CHF 354'000.- vorgesehen. Es wurde investiert, aber die Gemeinde hat auch Beiträge erhalten für die Investitionen. Zum Beispiel im Bereich des Hochwasserschutzes. Von Bund und Kanton waren Beiträge von 4.7 Mio. Franken zu verzeichnen. Anschlussgebühren von knapp CHF 200'000.- konnten verzeichnet werden und Kantonsbeiträge betreffend Abwasser und GEP von CHF 380'000.-. Dies ergibt gesamthaft Einnahmen von 5.4 Mio. Franken und dies reduziert die Bruttoinvestitionen von 7.8 Mio. Franken auf die Nettoinvestitionen von 2.4 Mio. Franken. Zu den Spezialfinanzierungen. Die Abfallentsorgung schliesst nur leicht unter Budget ab. Dies deutet darauf hin, dass der Gebührenrabatt weiterhin gewährt werden kann. Bei der Wasser- und Abwasserversorgung schliessen besser ab als budgetiert. Wir legen mit der Rechnung 2015 weniger für den Werterhalt zurück und haben dadurch mehr Mittel für den Ausgleich von zukünftigen Rechnungen zur Verfügung. Dies ist sinnvoll, denn wegen HRM2 müssen wir zukünftige Investitionen unter der Aktivierungsgrenze CHF 100'000.- direkt über die Erfolgsrechnung verbuchen. Auch wenn wir etwas weniger in den Werterhalt zurückgelegt haben, stellen wir fest, dass die grösseren künftigen Investitionen sichergestellt sind. Die Bestände weisen bei der Wasserversorgung ein Saldo von 6 Mio. Franken und bei der Abwasserentsorgung ein Saldo von 8 Mio. Franken auf. Zur Verschuldung wurde auch eine Frage gestellt, nämlich weshalb nun nicht Schulden zurück bezahlt werden? Dazu kann ich sagen, dass diese Schulden terminiert sind. Diese wurden für fünf oder zehn Jahre abgeschlossen. Dies kann also nicht frühzeitig beglichen werden. Der Gemeinderat beantragt, den erwähnten Nachkredit für übrige Abschreibungen zu bewilligen und die Jahresrechnung zu genehmigen.

Maccaferri-Iseli Barbara, GPK: Wie es Niklaus Gfeller bereits gesagt hat, wird im Rahmen der Rechnung 2015 ein Nachkredit für übrige Abschreibungen von CHF 4'650'681.65 zur Bewilligung unterbreitet. Unter anderem sind darin die Wertberichtigungen der Sportzentrum Worb AG im Umfang von CHF 300'000.- beinhaltet. Die Vornahme der Abschreibungen ist unter der Ziffer 4.5.3.8 von den übrigen Abschreibungen im Handbuch Gemeindefinanzen geregelt. Dort steht: „Sollen nicht budgetierte Abschreibungen von einem unerwarteten Rechnungsergebnis vorgenommen werden, ist dafür ein separater Beschluss vom finanzkompetenten Organ vor der Jahresrechnung nötig.“ Wie es Niklaus Gfeller bereits gesagt hat, ist mit der Rechnung 2015 nach HRM1 ein Überschuss für übrige Abschreibungen einmalig zu verwenden. Das Geschäft ist nachvollziehbar und transparent. Die transparente Information für den Grossen Gemeinderat wird begrüsst. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, zulasten der laufenden Rechnung einen Nachkredit für übrige Abschreibungen von CHF 4'650'681.65 zu bewilligen.

Fröhlich Viktor, SP: Die SP hat die Rechnung 2015 zur Kenntnis genommen und wird sie genehmigen. Wir wollen an dieser Stelle dem gesamten Team unter der Leitung von Markus Lädach und Jonas Weil für die Arbeit danken. Die Rechnungen der letzten Jahre haben aus politischer Sicht einige Gemeinsamkeiten. Sie schliessen besser ab als budgetiert und grob zusammengefasst, verkaufen wir viel, aber investieren wenig. Wir haben ein Manko bei den Einnahmen der juristischen Personen. Im Hinblick auf die Umstellung auf HRM2 begrüsst die SP die Abschreibung von 4.6 Mio. Franken, welche in den nächsten zwölf Jahren die Rechnung entlasten wird. Die SP warnt vor einer Steuersenkung.

Moser-Utiger Silvia, EVP: Sehr erfreut nimmt die EVP Worb die Gemeinderechnung 2015 mit dem Ertragsüberschuss von mehr als CHF 850'000.- respektive einem rund CHF 900'000.- besseren Ergebnis gegenüber dem Voranschlag zur Kenntnis. Schön, dass die Liegenschaften am Ballenbühlweg sowie das Altersheim verkauft werden konnten. Der abgeschriebene Buchgewinn von rund 4.6 Mio. Franken wird in den nächsten zwölf Jahren die Rechnung entlasten und eine Gesundung der Gemeindefinanzen bewirken. Einen Wunsch haben wir wohl alle noch, dass dieses Jahr das Schulhaus Wattenwil verkauft werden kann. Die Hauptinvestition des Jahres 2015 konzentrierte sich auf den Unterhalt der Gewässer, insbesondere die Renaturierung der Worble. Dieses mehrjährige Naherholungs-Projekt mit den Worbletaler Gemeinden bietet uns über weite Strecken Spazier- und Wanderwege entlang dem Flusslauf der Worble. Wichtige Investitionen sind auch im Schulzentrum Worboden gemacht worden. Das positive Ergebnis ist eine gute Reserve aber nach wie vor keinen Anlass zur Euphorie. Die EVP Worb wird die Gemeinderechnung 2015 genehmigen. Vielen Dank.

Aebersold Daniel, SVP: Wir möchten dem Gemeinderat und im speziellen Markus Lädach sowie Jonas Weil und seinem Team für die Aufarbeitung und die Darstellung der Rechnung 2015 danken. Ein besonderer Dank geht an Jonas Weil und Markus Lädach, welche während unserer Fraktions-sitzung mithilfe eines Handouts die Zahlen der Rechnung 2015 erläutert haben. Es ist erfreulich, dass die Rechnung 2015 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 854'888.- abschliesst. Der Voranschlag rechnete mit einem Fehlbetrag von CHF 52'716.-. Durch die Liegenschaftsverkäufe am Ballenbühlweg und den Verkauf des Altersheims wurde ein Buchgewinn von total 4.65 Mio. Franken erzielt, welcher für Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen verwendet wurde. Wir müssen uns bewusst sein, dass Liegenschaftsverkäufe einmalig sind. Zu denken geben uns die steigenden Sozialkosten. Der Nettoaufwand der Sozialdienste stieg im Jahr 2015 um CHF 367'403.- gegenüber der Rechnung 2014 an. Wichtig ist, dass auch in Zukunft bei den Ausgaben das Dringliche vor dem Wünschbaren gestellt werden muss. Die SVP-Fraktion stimmt der vorliegenden Rechnung 2015 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 854'888.- zu.

Kölliker Lenka, FDP: Die FDP dankt den Verantwortlichen Markus Lädach und Jonas Weil für die Erarbeitung der vorliegenden Gemeinderechnung. Mit Freude nimmt die FDP die gute Jahresrechnung 2015 zur Kenntnis. Zu diesem guten Abschluss haben, wenn wir die ausserordentlichen Umstände bereinigen, vor allem die Einkommenssteuern der natürlichen Personen beigetragen. Nicht zuletzt auch aufgrund der Erhöhung der Steuern, die bei diesem Abschluss wirksam wurden. Die Worberinnen und Worber haben stolze 2.5 Mio. Franken mehr Einkommenssteuern im Jahr 2015 als im Jahr zuvor bezahlt. Die FDP stellt aber auch fest, dass der Steuerertrag der juristischen Personen stark eingebrochen ist und im Vergleich zu den anderen Gemeinden sehr tief ist. Aufgrund des dramatischen Einbruchs der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen in Worb, ist beim Gemeinderat dringend Handlung angesagt. Kann man dagegen etwas machen? Kann man das Worber Gwärb unterstützen? Und falls ja, wie? Die FDP hat sich diesbezüglich Gedanken gemacht.

Eine zeitlich begrenzte Sonderkommission Wirtschaft-Worb, so wie wir den Vorstoss heute eingereicht haben, sehen wir als eine von möglichen Handlungen. Das Ziel von dieser Kommission ist: Erhalt und Unterstützung der bereits ansässigen Firmen, Zweitens: Ansiedlung von neuen Unternehmen und Drittens: Bessere Vernetzung der Wirtschaft mit der Politik. Dies alles könnte helfen, dass wir kein Lädelerben haben, die bestehenden Unternehmen wieder oder weiter florieren und neue Unternehmen nach Worb ziehen. Das würde auch mehr Arbeitsplätze nach Worb mit sich bringen und somit auch mehr Steuereinnahmen. Beim Durchblick der Jahresrechnung sind wir bei den Sportanlagen auf die Position „Beiträge Sportzentrum Wislepark“ gestossen. Hier wurden vier Beiträge von insgesamt CHF 310'000.- an den Wislepark überwiesen. Wir vermissen in der Jahresrechnung eine Erklärung oder wenigstens einen Vermerk dazu. Dies würde der Transparenz und auch einer offenen Kommunikation Rechnung tragen. Fazit: Das gute Resultat der Jahresrechnung 2015 könnte sich noch besser präsentieren, denn unter Berücksichtigung der richtigen Rückbuchung der Krankenkassenprämien und den Zuweisungen an den Wislepark würde das Ergebnis statt CHF 855'000.- nämlich ca. 1.7 Mio. Franken betragen. Diese Entwicklung stimmt uns insofern positiv, denn damit ist in den nächsten zwei Jahren eine Steuerreduktion zu prüfen und durchzuführen. Es liegt an uns allen, den vorliegenden Kurs konsequent weiter zu verfolgen, damit die Jahresrechnung 2016 ein ebenso positives Resultat liefern wird. Damit denken wir vor allem an die Aufrechterhaltung der geforderten Sparmassnahmen sowie an eine konsequente Budgetdisziplin. Ebenso wichtig ist, dass die Ortsplanungsrevision genehmigt und in Kraft gesetzt werden kann. Nur so können wir eine langfristige Prosperität für Worb festigen. Die FDP wird die vorliegende Gemeinderrechnung 2015 genehmigen.

Läderach Christof, BDP: Bewusst verzichte ich darauf, die erhaltenen Unterlagen zahlenmässig zu kommentieren. Erfolg besteht darin, dass wir genau die Fähigkeiten haben, welche im Moment gefragt sind. Hoffentlich bleibt dies so. Aber dafür muss etwas getan werden. Weiterhin vernünftig sparen und nicht mit der vollen Kelle schöpfen. Dies ist der GLP- und der BDP-Fraktionen sehr wichtig. Wir wollen aber damit auch nicht zu sturen Nein-Sagern werden. Trotzdem möchten wir dennoch wissen, wie viel die Steuererhöhung in Franken gebracht hat? Wenn ich die Aussage von Niklaus Gfeller richtig gehört habe, sind dies 1.5 Mio. Franken. Mit besten Dank für die geleistete Arbeit genehmigen die beiden Fraktionen diese Rechnung.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, stv. Departementsvorsteher Finanzen: Ich beziehe mich auf die Frage von Lenka Kölliker betreffend dem Verpflichtungskredit für das Sportzentrum. Dies ist auf Seite 17 ersichtlich. Vier Einträge betreffen das Sportzentrum. Dies sind, Übernahme der Kosten für die Badwasseraufbereitung, Übernahme der Kosten für die bessere Belüftung der Eishalle, Übernahme MwSt. aus den Vorjahren und zuletzt geht es noch um einen Beitrag an die Sanierung des Daches der Curlinghalle.

Kapitelweise Beratung

Aebersold Daniel, ASK: Als Ergebnisprüfungsorgan prüften wir die Berichterstattung des Gemeinderates über die Erreichung der Wirkungs- und Leistungsziele der einzelnen Produkte. Alle Fragen der ASK-Mitglieder wurden durch die Departementsvorsteher/in und Sachbearbeiter zufriedenstellend beantwortet. Nach Auffassung der ASK werden die Leistungen im Sinne der Produktedefinition grundsätzlich erbracht. Bei der Worber Post hat der Gemeinderat den Eindruck, dass es der Gemeinde immer weniger gelingt, mit der ihr wichtig erscheinenden Themen, wie zum Beispiel der Ortsplanung, das Interesse des Redaktionsteams zu wecken. Der Gemeinderat wünscht sich vermehrt Recherchen bei Berichten über Themen, die von den Departementen bearbeitet werden. Die

ASK stellt den Antrag an das Departement Sicherheit zu prüfen, ob die Feuerwehr weiterhin als NPM-Produkt geführt werden soll.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015 wird ein Nachkredit für übrige Abschreibungen von CHF 4'650'681.65 bewilligt.
2. Die Jahresrechnung 2015, die bei einem Aufwand von CHF 54'808'145.63 und einem Ertrag von CHF 55'663'034.44 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 854'888.81 abschliesst, wird genehmigt.
3. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

(Ratspräsident Wälti Martin gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.15 bis 21.25 Uhr. Die Protokollführerin.)

Informatik an den Schulen, Neuorientierung 2013-2015; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	5	2013/17-269	437	13/11/1

Detailberatung

Läderach Christof, ASK: Die ASK hat die Kreditabrechnung studiert und festgestellt, dass wenn wir den zugestimmten Artikeln mit den bei der Abrechnung vorhandenen Fakten direkt vergleichen würden, dann würde dies nicht übereinstimmen. Wurden wir tatsächlich getäuscht? Sicher nicht, sondern das Gegenteil ist passiert. Die Verantwortlichen haben studiert, Eigeninitiative ergriffen und auch umgesetzt. Die Entwicklung ist nirgends so schnell wie bei den Informatikmitteln und den dazugehörigen Programmen. Immer neue Anforderungen und dazu die technischen nicht kompatiblen Geräte zu den Programmen, sind eine sehr grosse Herausforderung. Sämtliche Änderungen sind in der Abrechnung aufgeführt, begründet und erklärt. Der ASK ist wichtig, dass das neue System funktioniert und der Kreditrahmen nicht gesprengt wird. Das System funktioniert und begeistert. Dies sagen die Benutzerinnen und Benutzer. Wie ihr in den Unterlagen lesen konntet, wurde der Kreditrahmen eingehalten. Besten Dank allen Beteiligten. Die ASK empfiehlt dem Grossen Gemeinderat der Kreditabrechnung zuzustimmen.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Besten Dank für die wohlwollenden Worte der ASK. Was lange währt, wird endlich gut. Die Planung des Gesamtersatzes der ICT-Hardware an den Worber Schulen begann bereits bei meinem Vorgänger. Und bereits jetzt denken wir an die nächste Ersatzbeschaffung. Wir hatten vorab zwei Ziele vor Augen. Die Einhaltung des gesprochenen Kredits und ein Optimum für die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen. Ihr wisst so gut wie ich, wie kurzlebig die Informatik ist. Dies hat Christof Läderach auch schon erwähnt. So hat es unterwegs etliche Anpassungen oder Optimierungen gegeben. Ihr habt das sicher in der Botschaft gelesen. Dort stehen auch die Begründungen dazu. Wir haben uns so gut wie möglich von Neuentwicklungen inspirieren lassen. In dieser Zeit wurde beispielsweise ein neuer Laptop speziell für die Schule neu angeboten. Das Gerät war deutlich günstiger als das ursprünglich ausgewählte Modell und erfüllte unsere Anforderungen erst noch besser. Ich sagte aber Stopp bei noch zu wenig erprobten Lösungen wie Lernsticks und der One-to-One-Lösung. Ihr erinnert euch sicher an die erste Lesung hier im Parlament. Ihr Parlamentarierinnen und Parlamentarier wurdet zwei Mal über den Stand des Projektes informiert. Im vergangenen August besichtigten wir die Informatik und den umgebauten Lehrer/innenarbeitsbereich im Oberstufenzentrum Worboden. Ende Jahr zeigten wir hier im Parlament ein Video vom einzigartigen Ausleihsystem der Laptops. Fazit ist: Alle sind zufrieden. Lehrpersonen gleich wie die Schülerinnen und Schüler. Wir haben aber auch Lehren gezogen. Künftig werden wir wohl keine Gesamterneuerung mehr machen, sondern trennen die Primar- und den Sekundarstufenkreis. Zu unterschiedlich sind die Anforderungen. Wir werden wohl auch davon wegkommen, die vierjährigen Geräte der Oberstufe an die Mittel- und Unterstufe weiter zu geben. Auch hier haben die Anforderungen an die Geräte extrem zugenommen, ich denke hier an die Sprachlehrmittel. Ebenso werden wir wohl auf eine externe Beratung verzichten können. Unsere ICT-Spezialisten an den Worber Schulen haben ein enormes Knowhow erworben. Leider gibt es bis heute noch keine offiziellen Empfehlungen des Kantons. Wenn der Kanton als Beschaffer auftreten würde, wenn ähnliche Schulen zusammenspannen würden, dann könnten effektiv Kosten gespart werden. Heute ist es so, dass jede Schule, jede Gemeinde das Rad stets neu erfindet. In der gleichen Zeit haben die Gemeinden Konolfingen und Ostermundigen die Informatik ersetzt. Die Gemeinde Bolligen ersetzt ebenfalls die Schulinformatik. Ich habe Bernhard Pulver, Regierungsrat, auf dieses Thema angesprochen. Er hat auf meine diesbezügliche Frage Empfehlungen des Kantons in Aussicht gestellt. Das würde zumindest schon einige Erleichterungen bringen. Erfreulich ist, dass wir trotz den Projektanpassungen den vorgegebenen Kredit sogar noch unterschreiten konnten. In diesem Zusammenhang danke ich allen Beteiligten, und das waren viele Personen, für den grossen Einsatz. Vielen Dank für eure Kenntnisnahme dieser Kreditabrechnung.

Jorio Nicola, GLP: Im Namen der GLP möchte ich ein ganz grosses Lob an die Verantwortlichen des abgeschlossenen IT-Projekts an den Worber Schulen aussprechen. Das Projekt wurde innerhalb der geplanten Zeit, mit dem vorgegebenen Budget sowie mit einem besseren Output als im Projektantrag vorgesehen war, umgesetzt. Genau solche Projekte und solche Erfolge benötigt Worb. Solche Erfolge, die weit über die Gemeindegrenze hinaus gehört werden. Ich möchte vor allem zwei Punkte erwähnen, die besonders lobenswert sind. Erstens wurde das Projekt von den Verantwortlichen nicht nur verwaltet, sondern aktiv gemanagt, um das Optimum herauszuholen. Die Entwicklungen im Hard- und Softwarebereich wurden analysiert und das Projekt entsprechend angepasst. Dank der Etappierung des Projekts wurde die Komplexität reduziert und somit wurden auch die Projektrisiken minimiert. Zweitens war die Projektkommunikation sehr vorbildlich. Vom ersten Kreditantrag, welcher zwar zurückgewiesen wurde, bis zur vorliegenden Kreditabrechnung wurde proaktiv und transparent informiert. Vor allem der Film, welcher an der GGR-Sitzung gezeigt wurde, hat einen bleibenden Eindruck hinterlassen, für was das Geld tatsächlich ausgegeben worden ist.

Da die technologischen Entwicklungen rasant vorwärtsgehen, ist es wichtig, dass genügend Mittel für den Unterhalt der Hardware, aber insbesondere für die Aktualisierung der Software zur Verfügung stehen. Denn nur mit einer zeitgemässen IT kann effizient und effektiv gearbeitet und ausgebildet werden. Christoph Moser hat gesagt, dass zukünftig auf eine externe Beratung verzichtet werden kann. Dies hat mich ein bisschen mulmig gestimmt. Ich bezweifle, dass all das generierte Knowhow im letzten Jahr so weiterentwickelt werden kann, dass in vier Jahren wieder so effektiv eingesetzt werden kann. Aus diesem Grund, lieber ein bisschen mehr Geld in gutes Knowhow investieren, anstatt ein Projekt voranzutreiben, welches allenfalls scheitern könnte.

Gränicher Marius, SP: Der versierte Umgang mit Informationstechnologien gehört heute zu den wichtigsten überfachlichen Kompetenzen, welche unseren Schülerinnen und Schülern vermittelt werden. Dazu benötigt es eine moderne Infrastruktur im Bereich Informatik. Die SP-Fraktion nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Ersatz der Informatik-Hardware in den Worber Schulen positiv und im bewilligten Kostenrahmen abgeschlossen wurde. Natürlich fällt bei der Kreditabrechnung auf, dass es massive Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Werten gibt. Wir haben mehrfach gehört, dass sich die Rahmenbedingungen bei einem solch grossen Informatikprojekt mit einer gewissen Dauer in den technischen Bereichen ändern kann, dies liegt in der Natur der Sache. Die SP-Fraktion kann die gut begründeten Kreditabweichungen deshalb mehrheitlich gut nachvollziehen. Trotzdem stellen sich uns zwei Fragen. Christoph Moser hat bereits darauf hingewiesen, dass ein gesamthafter Ersatz der Informatik in allen Schulen zu einem komplexen und anspruchsvollen Projekt führt. Dies ist gut nachvollziehbar. Der Schluss, dass sich künftige Informatikprojekte nur auf einen Schulkreis beschränken, da sind wir nicht ganz einverstanden. Christoph hat dies dann selber relativiert. Wir sind auch der Meinung, dass gerade im Beschaffungswesen bei der Informatik sehr wohl Kosten gespart werden könnten und wir begrüssen es sehr, wenn bestenfalls die Beschaffung kantonale oder zumindest mit Nachbargemeinden generiert werden könnte. So könnten wir stufengerecht, schulkreisübergreifend oder wie gesagt mit Nachbargemeinden solche Projekte realisieren. Im Weiteren wird darauf hingewiesen, dass der deutlich höhere Aufwand von den Einrichtungen des Servers und für die Neukonfiguration auf die Anzahl der Geräte im Oberstufenzentrum zurückzuführen ist. Dies, weil im Worboden die erste Schule mit Windows 10 ausgerüstet wurde. Dies hat uns nachdenklich gemacht. Müssen wir nun davon ausgehen, dass die Kosten des Pilotversuchs einseitig auf die Gemeinde abgewälzt wurden, oder hat die verantwortliche Informatikfirma auch einen Teil übernommen? Letzteres würde uns korrekt erscheinen. Die SP-Fraktion dankt allen involvierten Personen für die Umsetzung des tollen Projekts und nimmt die Kreditabrechnung wohlwollend zur Kenntnis.

Utiger Heinz, EVP: Die EVP-Fraktion nimmt positiv Kenntnis von der Kreditabrechnung Ersatz der Informatik-Hardware in den Worber Schulen. Es freut uns einmal mehr, dass in der Gemeinde Worb gut gearbeitet wird und wir auch hier eine Kreditunterschreitung zur Kenntnis nehmen dürfen. Ein grosser Dank geht an das Projektteam, welches sehr gut gearbeitet hat. Der Bericht zeigt gut, wo die Schwierigkeiten waren und wie ein solches Projekt in Zukunft angegangen wird. Hier noch einige persönliche Worte von mir, da ich als Mitglied der Bildungskommission seit Beginn des Projekts, März 2012, involviert war. Es war sehr spannend und interessant. Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie manche Wandlung dieses Projekt in der Zeit durchgemacht hat. Ein kleines Beispiel erwähne ich gerne. Zuerst war die Idee einen Zentralserver für alle Schulkreise einzurichten. Dafür wäre eine Leitung von Rüfenacht nach Worb nötig gewesen. Nach einer Kostenschätzung wurde beschlossen, dass dies zu teuer ist. Zum Glück haben wir heute eine andere Lösung und zwar eine sehr gute. Wie ihr es den Unterlagen entnehmen könntet, sind es individuelle Lösungen, passend zu den Schulen und zu den Lehrpersonen. Sie sind zudem auch auf die Schulraumsituatio-

nen und die Anwendungen der Schülerinnen und Schüler zugeschnitten. Diese sind nämlich in den unterschiedlichen Schulen komplett verschieden. Es war sehr clever und sinnvoll, dass das Projekt den neuen Voraussetzungen angepasst wurde. Wir haben es bereits gehört, mit der Anschaffung der Laptops wurde gewartet bis Windows 10 verfügbar war. Es bestehen nun sehr aktuelle Voraussetzungen, welche auch für die nächsten Jahre gut nutzbar sind. So macht es in Zukunft vielleicht Sinn, solch grosse Investitionen in kleinere Projekte aufzuteilen. So könnte die hohe Komplexität reduziert werden. Ihr wisst, nichts ist schnelllebig als die IT. Heute Abend ist IT das Thema und bereits morgen wird sie euch wieder beschäftigen. Euch ganz persönlich, spätestens wenn ihr euren PC oder Laptop verwendet. Besten Dank für eure Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Nicola, deine Bemerkung betreffend externer Beratung nehme ich sehr gerne auf und werden wir besprechen. Bei den Dienstleistungen war die Formulierung vielleicht nicht ganz präzise. Beim Pilotprojekt wurden nicht mehr Dienstleistungsstunden von der Letec eingefordert. Der Grund ist, dass zur gleichen Zeit der Lehrer/innenarbeitsbereich umgebaut wurde. In diesen Räumen war das Informatikzimmer des Oberstufenzentrums Worboden. Da musste alles ausgeräumt werden, neu verkabeln und es wurde umgebaut. Durch diese Verkettung der beiden Projekte gab es bei den internen ICT-Verantwortlichen einen höheren Aufwand. Es geht also nicht um externe, sondern interne Kosten.

Beschluss:

- Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über folgende Investition Kenntnis:
Ersatz der Informatik-Hardware in den Worber Schulen

Bewilligter Kredit	CHF	717'600.00
Beanspruchte Mittel	CHF	710'677.20
Kreditunterschreitung	CHF	<u>6'922.80</u>
- Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Liegenschaft Biglenstrasse 529, Enggistein; Verkauf: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	6	2013/17-270	1389	32/7/8

Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Maccaferri-Iseli Barbara, GPK: Die GPK hat zu diesem Geschäft einen Änderungsantrag als Präzisierung für den Beschluss in der Botschaft eingereicht. Die Ausgangslage für dieses Geschäft ist die gemeinderätliche Strategie. Es wird festgehalten, nicht betriebsnotwendige Werte vom Finanzvermögen zu veräussern. Es besteht das Kaufangebot vom 29. März 2016 von der Firma Iseli Schlosselei AG für die Liegenschaft Biglenstrasse 529 in Enggistein. Jonas Weil hat uns an der GPK-Sitzung das Geschäft vorgestellt und unsere Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Besten

Dank. Die Botschaft informiert gut über das Geschäft. Zur Eruiierung vom Verkehrswert ist eine Verkehrswertschätzung erstellt worden. Verkehrswertschätzung, Ziffer 2 in der Botschaft, liegt der Botschaft leider nicht bei. Weitere detaillierte Informationen wie zum Beispiel ein Plan wäre wünschenswert. Dem Verkauf ohne öffentliche Ausschreibung kann so zugestimmt werden. Es bestehen für die Gemeinde nur Vorschriften für das Beschaffungswesen, nicht aber für einen Verkauf. Das Angebot würde in einer öffentlichen Ausschreibung kaum übertroffen werden. Die Lage und Ausstattung vom Objekt schränken die Interessenten ein. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat, das Geschäft mit folgendem Änderungsantrag zu genehmigen: Dem Verkauf der drei Stockwerkeinheiten an der Biglenstrasse 529 in Enggistein, Worb Grundbuchblatt Nr. 3826-001, Nr. 3826-002 und Nr. 3826-003 wird zugestimmt. Der Mindestverkaufspreis wird auf total CHF 680'000.00 festgelegt.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, stv. Departementsvorsteher Finanzen: Besten Dank für die gute Vorstellung des Geschäftes durch die GPK-Sprecherin. Ich kann mich auf kleine Ergänzungen beschränken. Wie bereits erwähnt, basiert der Verkauf der Liegenschaft auf der gemeinderätlichen Strategie. Der Anlass, einen Verkauf explizit zu prüfen, liegt jetzt vor, denn eine der Wohnungen ist frei geworden und müsste jetzt renoviert werden. Dies ist der Auslöser, um einen solchen Verkauf ins Auge zu fassen. Die Firma Iseli Schlosserei AG hat das entsprechende Kaufangebot eingereicht. Der Kaufpreis basiert auf einer aktuellen Verkehrswertschätzung. Ich habe die Firma Iseli kurz darauf besucht und kann bestätigen, dass die Platzverhältnisse für die Schlosserei sehr beschränkt sind. Mit dem Kauf der Liegenschaft bekäme die Firma insbesondere mit dem Feuerwehrmagazin den erhofften zusätzlichen Raum. Der Gemeinderat teilt die Einschätzung, dass die Liegenschaft auf dem Markt aus zwei Gründen kein Renditeobjekt darstellt. Erstens: Die Wohnung im Obergeschoss Ost ist bekanntlich im Jahr 2004 im Stockwerkeigentum abgegeben worden. Ein Teil davon ist also schon verkauft. Zweitens: Das Feuerwehrmagazin im Erdgeschoss ist nur eingeschränkt nutzbar. Man könnte diesen Raum nicht in eine Wohnung umwandeln. Beides erschwert den freien Verkauf. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass diese Liegenschaft nicht ausgeschrieben wird, sondern die Verkaufsverhandlungen mit der Firma Iseli Schlosserei AG auf der Basis von der Verkehrswertschätzung vom 7. März 2016 geführt werden soll. Er beantragt, dass dem Verkauf der Liegenschaft Biglenstrasse 529 in Enggistein, mit den richtigen Präzisierungen der GPK, zugestimmt wird.

Federer Guido, SP: Die SP-Fraktion ist grundsätzlich mit dem Verkauf der Liegenschaft Biglenstrasse 529 in Enggistein einverstanden. Allerdings sind wir nicht mit allen Teilen mit dem Vorgehen des Verkaufs respektive mit der Botschaft einverstanden. Für eine komplette Beurteilung vom Geschäft fehlen uns insbesondere Renditeberechnungen vor und nach der Renovation. Wie bereits erwähnt, wäre für uns die Verkehrswertschätzung als Beilage gut gewesen. Es ist zwar sehr erfreulich, dass mit der Schlosserei Iseli bereits ein Interessent vorhanden ist. Entgegen der Meinung vom Gemeinderat sind wir aber der Meinung, dass man eine öffentliche Ausschreibung machen soll. Die GPK hat gesagt, die Bestimmungen für das öffentliche Beschaffungsrecht gelten nicht für die Verkäufe, sondern nur für Käufe. Trotzdem hat die Gemeinde die Verpflichtung, den grösstmöglichen Erlös beim Verkauf einer Liegenschaft zu erwirtschaften. Wir würden eine öffentliche Ausschreibung deshalb sehr begrüßen. Ich denke, der bestehende Interessent läuft sicher nicht davon. Als aktives Mitglied der Feuerwehr bedaure ich es zudem sehr, dass das Magazin dem Feuerwehrverein nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Der Feuerwehrverein unterhält und pflegt alte Feuerwehrgerätschaften, präsentiert diese an Anlässen und bewahrt damit ein Stück Kulturgut. Ich persönlich würde es sehr begrüßen, wenn die Gemeinde dem Feuerwehrverein bei der Suche nach einem geeigneten und auch erschwinglichen neuen Einstelllokal für diese Gerätschaften helfen

würde. Wir stimmen dem Verkauf der Liegenschaft Biglenstrasse 529 mit dem Änderungsantrag der GPK zu.

Stucki Simon, SVP: Die Liegenschaft Biglenstrasse 529 ist vom Gemeinderat zum Verkauf aufgeführt, weil relativ grosse Renovierungen anstehen. Das Stockwerkeigentum ist bereits im Obergeschoss Ost an langjährige Mieter verkauft worden und durch das wird es wahrscheinlich schwierig, dass daraus ein Renditeobjekt entstehen könnte. Die Firma Iseli als Nachbar ist natürlich sehr interessiert daran, diese Liegenschaft zu kaufen, wahrscheinlich vor allem wegen dem Feuerwehrmagazin. Können damit doch zusätzlich ein Materiallager genutzt sowie die bestehenden Parkplatzprobleme gelöst werden. Die Firma ist in den letzten 28 Jahren von einem Einmannbetrieb zu einem Betrieb mit ungefähr 15 Mitarbeitenden gewachsen. Wir haben heute gesehen, wie bei den juristischen Personen die Gewinne zurückgehen. Ich denke, dass es eine Win-Win-Situation geben würde für die Gemeinde sowie für die Iseli Schlosserei, wenn diese Firma die Liegenschaft als guten Steuerzahler, als Unternehmer und Arbeitgeber kaufen würde. Wir von der SVP-Fraktion werden diesem Antrag zustimmen.

Schweizer Hans Peter, FDP: Dieses Geschäft entspricht voll und ganz den Wünschen der FDP. Haben wir doch in früheren GGR-Sitzungen den Wunsch geäußert, nicht betriebsnotwendige Werte zu veräußern. Dieses Objekt an der Biglenstrasse mit einer Wohnung, welche Stockwerkeigentum enthält, ist sicher nicht wirklich ein Renditeobjekt. Leerstände mit einer 4.5-Zimmer Wohnung und die umfangreichen Sanierungen tragen sicher auch nicht zu einem guten Resultat kurzfristig bei. Das Interesse der Firma Iseli AG müsste man unbedingt zum Erfolg bringen. Die Firma Iseli ist, wie Simon gesagt hat, früher ein ganz ein kleiner Betrieb gewesen und ist innerhalb wenigen Jahren zu einem stattlichen Betrieb gewachsen. Dieser Betrieb bezahlt der Gemeinde Worb Steuern, in diesem Betrieb hat es Mitarbeitende, welche sogar in der Gemeinde wohnen. Diese Tatsachen sind immer wichtige Fakten für den Finanzhaushalt unserer Gemeinde. Wie vorher in der Rechnung schon manchmal erwähnt wurde, hat es auch noch im Fazit ein Zitat, welches ich gerne vorlesen möchte: „Sehr erfreulich ist die Zunahme der Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Negativ der Einbruch der juristischen Personen. Die Ansiedlung von neuen Firmen ist eine vordringliche Aufgabe der Gemeinde Worb.“ Ich möchte hier noch etwas anhängen. Wichtig ist es auch, dass bestehende Firmen erhalten bleiben und diese bei ihrem Wachstum etwas unterstützen würde. Die FDP ist mit dem Gemeinderat und der Finanzkommission einig, dass dieser Verkauf an die Firma Iseli getätigt wird und auf die öffentliche Ausschreibung verzichtet wird. Auch wenn bei der öffentlichen Ausschreibung ein paar Franken mehr generiert werden könnten, längerfristig hat die Gemeinde mehr davon, wenn die Liegenschaft einer ortsansässigen Firma verkauft wird.

Jorio Marco, GLP: Die GLP- und BDP-Fraktionen unterstützen diesen Antrag, ebenfalls auch den Abänderungsantrag der GPK. Uns sind vor allem zwei positive Punkte aufgefallen. Wir kommen in der Strategie des Gemeinderates, alle nicht benötigten Liegenschaften zu verkaufen, einen Schritt näher. Wir finden es ausgezeichnet, dass wir ein einheimisches, wachsendes, blühendes Gewerbe unterstützen können. Auch wir finden die öffentliche Ausschreibung nicht nötig.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Dem Verkauf der drei Stockwerkeinheiten der Liegenschaft Biglenstrasse 529 in Enggistein, Parzelle Worb Gbbl. Nrn. 3826-001, 3826-002 und 3826-003 wird zugestimmt.
2. Es wird ein Mindestverkaufspreis von CHF 680'000.00 festgelegt.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Volkspostulat des Postulats-Komitees betreffend PRO funktionierendes Bären-Zentrum

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	7	2013/17-271	1336	56/2

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Vor euch liegt das Volkspostulat betreffend Pro funktionierendes Bären-Zentrum. Damit ein solches Postulat zustande kommt, benötigt es 50 Unterschriften. Mein Blick wandert zur Tribüne und auf den 1. Blick sehe ich keinen Vertreter dieses Postulats. Dies bedaure ich. Bezüglich einer Überprüfung oder Änderung der Sperrzeiten der Bahnhof- und Bernstrasse hat sich der Gemeinderat bereits im Jahr 2014 eingehend Gedanken gemacht. In seiner Medienmitteilung vom 14. Oktober 2014 hat er sich dazu geäußert. Aufgrund der Diskussionen über das Verkehrsregime im Zentrum Worb nach Inbetriebnahme der Umfahrungsstrasse hat der Kanton den rechtlichen Spielraum abgeklärt, ob und wie die im Projekt verbindlich festgelegten Massnahmen zur temporären Durchfahrtsperre, Poller und Sperrzeiten, geändert werden könnten. Die rechtliche Abklärung des Kantons zeigt, dass alternative Lösungen, die den Anliegen des Worber Gewerbes Rechnung tragen, denkbar sind. Für eine solche Alternativlösung muss allerdings nachgewiesen werden, dass sie die im Umweltverträglichkeitsbericht festgelegten Ziele der Verkehrssanierung Worb ebenfalls erfüllt. Unter dieser Voraussetzung könnte eine Strassenplanänderung beantragt werden. Der Kanton wäre bereit, vor Inbetriebnahme der Umfahrungsstrasse eine solche Strassenplanänderung einzuleiten, sofern die Gemeinde einen entsprechenden Antrag stellt und auf eigene Kosten ein neues Modell für alternative Lösungen erarbeitet, welches gewährleistet, dass die Umweltziele auch so erfüllt werden. Der Gemeinderat von Worb hat das Angebot des Kantons diskutiert und entschieden, vorläufig kein Gesuch für eine Strassenplanänderung einzureichen. Er hält an der Vereinbarung vom 25. August bzw. 1. September 2005 fest. Diese wurde mit den damaligen Einsprechern in einem sehr langwierigen Verfahren, welches mehrere Jahre dauerte, ausgearbeitet. Die Vereinbarung thematisiert den Ablauf und bezweckte, den Einsprechern seitens des Kantons Absichtserklärungen und seitens des Gemeinderates Worb innerhalb dessen Kompetenz verschiedene Zusicherungen abzugeben. Diese beinhalten im Zusammenhang mit der Postulatsforderung, dass bauliche, gestalterische und verkehrsbeschränkende Massnahmen an der Bernstrasse zur Erhöhung des Durchfahrtswiderstandes erst nach der Realisierung der Südumfahrung realisiert werden. Die Massnahmen gemäss Umweltverträglichkeitsbericht bzw. die angestrebten Ziele des Lärmschutzes und der Luftreinhaltung sind mittels einer Erfolgskontrolle zu überprüfen. Sollte sich folglich herausstellen, dass diese Vorgaben auch bei einer Verkürzung der Sperrzeiten erreicht werden können, so stellt der Gemeinderat Worb bei den zuständigen Behörden einen entsprechenden Antrag. Das damals vereinbarte Vorgehen soll nun umgesetzt werden. Der Gemeinderat will die flankierenden Massnahmen (temporäre Sperrung der künftigen Gemein-

destrassen Bern- und Bahnhofstrasse mittels versenkbarer Poller) so umsetzen wie geplant. Ein Antrag zur Anpassung der Sperrzeiten wird der Gemeinderat in Erwägung ziehen, sobald die Ergebnisse der Wirksamkeitsprüfung vorliegen, die der Kanton nach Inbetriebnahme der Umfahrungsstrasse durchführt. Diese Wirksamkeitsprüfung wird Aufschluss darüber geben, wie stark die neue Umfahrungsstrasse das Worber Ortszentrum vom Durchgangsverkehr entlastet und die Umweltziele erfüllt. Der Gemeinderat schätzt das Risiko als hoch ein, dass eine alternative Lösung nicht fristgerecht auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Verkehrssanierung vorliegen wird. Die geltende Vereinbarung mit den Einsprechern wurde über einen Zeitraum von rund fünf Jahren erarbeitet. Die Verhandlungen erwiesen sich als sehr schwierig. Zudem besteht das Risiko, dass bei einer Lockerung der Sperrzeiten Probleme mit der Umweltverträglichkeit und dem Lärmschutz auftreten und die Regelung damit nicht genehmigungsfähig ist. Schliesslich sind die Kosten für ein neues Verfahren sehr hoch. Die angespannte Finanzlage der Gemeinde lässt ein solches, mit vielen Unsicherheiten verbundenes Vorhaben, nicht zu. Der Sachverhalt hat sich seit dem Jahr 2014 nicht verändert. Aufgrund der dargelegten Gründe ist eine Anpassung der Sperrzeiten oder Regimeänderung des Pollereinsatzes erst in Erwägung zu ziehen, wenn die Ergebnisse der Wirksamkeitsprüfung vorliegen, die der Kanton nach Inbetriebnahme der Umfahrungsstrasse durchführt. Die Sanierung der Bernstrasse erfolgt im Jahr 2017 und die Bahnhofstrasse im Jahr 2018. Massnahmen können ebenfalls erst nach Vorliegen der Wirksamkeitsprüfung geprüft und gegebenenfalls in Erwägung gezogen werden. In der Ausgangslage zur Begründung des vorliegenden Volkspostulates wird ein zielführendes Gesamtkonzept erwähnt. Gerne nimmt der Gemeinderat die Gelegenheit wahr, sich ebenfalls zu weiteren Anliegen, welche nicht Bestandteile des Volkspostulates sind, zu äussern. Neues Verkehrskonzept an der Hauptstrasse „Bären-Karusell“. Der Gemeinderat hat sich anlässlich einer Klausur mit der Bautätigkeit im Dorfzentrum Worb 2016 bis 2020 befasst. Niklaus Gfeller hat an der letzten GGR-Sitzung ausführlich darüber informiert. Dabei hat sich der Gemeinderat zudem dafür ausgesprochen, mit Coop erneut das Gespräch zu suchen, damit dem Grossverteiler künftig möglichst optimale Lösungen für die Zufahrt zur Verfügung stehen. Es soll alles Mögliche unternommen werden, damit Coop am jetzigen Standort festhält. Im Zusammenhang mit der Optimierung der Erschliessung Bären-Zentrum haben verschiedene rechtliche Abklärungen und Gespräche mit der Coop Immobilien AG stattgefunden. Dabei hat sich gezeigt, dass die Änderung der bestehenden Verkehrserschliessung eine interdisziplinäre Aufgabe darstellt, welche neben den Aspekten der Verkehrsplanung auch die Ortsplanung und Bauthemen umfasst. Dieses Geschäft wird von Seiten der Gemeinde durch die Departemente Planung und Sicherheit bearbeitet. Die betroffenen Anwohner, der Grosse Gemeinderat und die interessierte Öffentlichkeit werden frühzeitig und transparent über die möglichen Massnahmen und das Verfahren informiert. Weiter zu den Anlässen auf dem Bärenplatz. Nach Auskunft des Ausschusses der Stockwerkeigentümer wurde in den vergangenen Jahren ein Anlass nicht bewilligt. Die in der Zwischenzeit organisierten Aktivitäten wurden allesamt bewilligt. Die Organisatoren werden durch die Polizeiabteilung bei ihren Vorhaben unterstützt und beraten. Der Gemeinderat geht davon aus, dass der ständige Ausschuss der Stockwerkeigentümer auch zukünftig gegenüber Aktivitäten auf dem Bärenplatz wohl gesinnt sein wird. Dann zur Einstellhalle Bärenzentrum. Die Gemeinde Worb hat an der Ausschusssitzung vom 10. Februar 2016 den Antrag zur Erweiterung der Öffnungszeiten der Einstellhalle gestellt. Zwischen der Gemeinde und Coop wurden in der Zwischenzeit Detailabklärungen vorgenommen. Der Ausschuss wird an einer nächsten Sitzung das Anliegen behandeln. Und nun noch weitere Informationen Verkehrssanierung. Der Gemeinderat ist dem Antrag zur Kommunikation regelmässig und umfassend nachgekommen. Das Tiefbauamt des Kantons Bern informiert in Absprache mit dem Departement Bau die Öffentlichkeit periodisch und auf unterschiedlichen Kanälen über die laufende Verkehrssanierung und die Projektfortschritte. Regelmässig erscheinen dazu Informationen im Grossen Gemeinderat, in der Worber Post und anlässlich der Woxpo hat der Gemeinderat eine ausführliche

Übersicht und informationsplattform bereitgestellt. Die wichtigsten Eckdaten und Termine des Projekts sind zudem auf www.worb.ch aufgeschaltet. Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat die Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Kämpfer Erwin, FDP: Besten Dank Thomas für die detaillierten Ausführungen der Gegebenheiten. Wie der Titel schon sagt, zielt das Postulat klar auf eine Stärkung des Bären-Zentrums. Wir von der FDP unterstützen das Volkspostulat, denn ein gut funktionierendes Bären-Zentrum ist wichtig für Worb. Ebenso die von der FDP und der SVP gemeinsam eingereichte Motion betreffend der neuen Verkehrsführung in der Hauptstrasse, das sogenannte Bärenkarussell hat dieselbe Ausgangslage und Beweggründe, nämlich eine Stärkung des Bären-Zentrums. Bei beiden Vorlagen haben wir gehört, dass die kantonale Behörde direkt oder indirekt involviert ist, um eine angestrebte Regelung zu kontrollieren. Der Gemeinderat ist aus diesem Grund aufgefordert, das Verkehrsregime so liberal wie möglich einzubringen, damit das Ziel, eine Stärkung des Bären-Zentrums, erreicht werden kann. Da die verschiedenen Vorlagen gesamtheitlich mit denselben Zielsetzungen zu betrachten sind, sind wir erst bereit diese Vorlage abzuschreiben, wenn konkrete Schlüsse für ein Projekt vorliegen. Deshalb beantragen wir von der FDP eine Nichtabschreibung und hoffen auf eure Unterstützung.

Bernhard Niklaus, SVP: Ich sage etwas zum Bären-Zentrum und zum Bären-Karussell. Im Jahr 1985 wurde ein Wettbewerb für die Überbauung Bärenareal ausgeschrieben. Dazumal wurde gesagt, dass auf diesem Areal die Gemeindeverwaltung, der Grossverteiler Coop, Wohnungen, weitere Geschäfte, Praxen und Büros entstehen sollen. Meiner Ansicht nach stirbt das Bären-Zentrum aus. Wenn bei der Verkehrsführung nicht gehandelt wird, dann wird wirklich das gesamte Zentrum einschlafen. Wenn dem Grossverteiler vor Jahren gesagt worden wäre, dass die Hauptstrasse nicht für alle Verkehrsteilnehmer zugänglich ist, dann wären wohl nicht 30 Mio. Franken investiert worden. Es wurde auch von einer Flanierzone in der Hauptstrasse gesprochen. Für mich gehört eine Flanierzone zu einem Platz und nicht auf eine Strasse. Die Hindernisse sollten entfernt werden, damit die Strasse wieder befahrbar ist. Die bestehenden Sitzgelegenheiten sollten entfernt werden und stattdessen könnten da Kurzzeitparkplätze entstehen. Ich denke, in Zukunft wird es auch bei der Bern- und Bahnhofstrasse so sein wie bei der Hauptstrasse. Ich frage mich manchmal, ob wir als Bürger und Gemeinde so schwach sind? Immer wird auf die kantonale Behörde hingewiesen. Vielleicht sollte der kantonalen Behörde die Meinung gesagt werden und das was wir wollen, auch so ausführen. Ich denke, wir hätten Erfolg. Uns fehlt einfach der Mut dazu. Wir von der SVP-Fraktion unterstützen dieses Postulat, aber wollen es auch nicht abschreiben lassen. Ein grosses Dankeschön gilt Paul Steinmann und seinem Team, welche dieses Thema ins Rollen gebracht haben.

Kohler Walter, BDP: Die GLP- und die BDP-Fraktionen stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu. Weshalb? Wir haben die gesamte Verkehrssituation überprüft und haben bemerkt, dass die ausgehandelten Vereinbarungen seinerzeit auch zwischen Worbern, der Gemeinde und der kantonalen Behörde ausgehandelt wurden. Zu den Vereinbarungen wurde ein klares Konzept ausgearbeitet. Für uns ist es nicht sinnvoll bereits heute etwas zu ändern, wenn wir noch nicht wissen, wie die geplante Umsetzung, dann auch wirklich ist. Die Umsetzung soll getestet werden und anschliessend können allfällige Anpassungen vorgenommen werden. Dies hat der Gemeinderat ebenfalls so vorgeschlagen. Auch das Bärenareal wurde erwähnt. Aus unserer Sicht ist es nicht nur das Bären-Areal, sondern das Gesamtverkehrskonzept. Mit der Umfahrung muss festgestellt werden, wie der Verkehr in Zukunft funktionieren wird und wie die Bevölkerung und Aussenstehende mit diesem Konzept umgehen können. Wir unterstützen daher klar die Überweisung mit gleichzeitiger Abschreibung. Was wir befürworten würden, sind die Poller-Sperrzeiten. Es wäre hilfreich, wenn genauer informiert würde, wo diese Poller sind. Dies wird beim Restaurant Hirschen an der Bahnhofstrasse, Richtung

Kreisel bei der Migros sein. Die Sperrzeiten sind auch ganz klar festgelegt und diese sind im Internet abrufbar. Das ist keine Fantasie, sondern wurde klar definiert. Vielleicht wäre es hilfreich bei diesen Themen klarer zu informieren. Dies könnte via Worber Post oder mit einem Flugblatt erfolgen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Wie die dringliche Motion der FDP und der SVP betreffend Bärenkarussell könnte vielleicht auch dieses Postulat ein Anfang für eine Stärkung des Bären-Zentrums sein. Aber der Verkehr alleine stärkt das Bären-Zentrum nicht. Heute haben wir den Verkehr, aber die Geschäfte sind trotzdem geschlossen. Der SP ist die betriebene Spott-Politik langsam zuwider. An verschiedenen Plätzen wird gebastelt. Vielleicht wäre es an der Zeit sich Gedanken zu machen was und wo etwas gemacht wird und all dies in einen Zusammenhang zu bringen. Eventuell wäre es eine Möglichkeit mit dem offenbar bereits ausgearbeiteten Ortsmarketingkonzept sich zu fragen, was mit der gesamten Gemeinde geschehen könnte. Heute Abend finde ich jedoch die Schizophrenie des Parlaments am bedenklichsten. Die Verkehrssanierung kostet Millionen von Franken. Bevor dieses realisiert ist, werden fast an jeder Sitzung Vorstösse eingereicht, in denen man sich bemüht den Verkehr wieder ins Zentrum zu bringen. Da frage ich mich schon, wie durchdacht unsere Gemeindepolitik ist. Aus diesem Grund lehnt die SP das Postulat ab.

Beschluss zur Erheblicherklärung des Vorstosses:

Das Volkspostulat des Postulats-Komitees betreffend PRO funktionierendes Bären-Zentrum wird mit 18 zu 17 Stimmen als erheblich erklärt.

Beschluss zur Abschreibung des Vorstosses:

Das Volkspostulat des Postulats-Komitees betreffend PRO funktionierendes Bären-Zentrum wird mit 23 zu 12 Stimmen abgeschrieben.

Motion der FDP-Fraktion betreffend Effizientere, günstigere und schlankere Sicherheitsstrukturen für Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	8	2013/17-272	1370	12/30

Kämpfer Erwin, FDP: Die FDP-Fraktion möchte gerne vorgängig festhalten, dass die FDP konstruktive und nachhaltige Kommissionsarbeit als wertvoll erachtet und diese voll und ganz unterstützt. Unsere Motion wurde am 7. Dezember 2015 eingereicht. Gemäss Präsidiales Punkt 3 des heutigen Verwaltungsberichts steht, dass die Überprüfung der Kommissionen am laufen ist. Der Abschluss für diese Überprüfung wäre im Jahr 2015 geplant gewesen und es müsste ein Resultat für eine Reglementsänderung vorliegen. Wir haben mit diesem Vorstoss vorgängig eine Unterstützung vorgenommen. Hier geht es klar um die Sicherheitskommission. Es geht um die Optimierung der Sicherheitsarchitektur der Gemeinde Worb. Aus folgenden Gründen will die FDP die Aufgaben der Sicherheitskommission neu verteilen. Gerade im Bereich der Sicherheit ist es sehr wichtig, dass kurze Entscheidungswege eingehalten werden können. Dem Grundsatz kann in der Kommission durch die Entscheide des Gemeinderates besser Rechnung getragen werden. Sie wird fachmännisch

durch die Polizeiabteilung und das Regionale Führungsorgan (RFO) unterstützt, wie dies bereits in der Motion aufgeführt wurde. Die Kommission konnte in den letzten Jahren wenige eigene Impulse setzen. Dies, weil die Verwaltung oder der Gemeinderat bereits alle notwendigen Vorkehrungen treffen konnten oder weil der Wissensvorsprung von der Verwaltung gegenüber der Milizkommission schlicht zu gross ist. Dies ist nicht zuletzt auch als Lob an die Verwaltung zu verstehen. Sie macht in diesem Bereich einen guten Job, auch ohne Sicherheitskommission. Schliesslich können mit der Übertragung der Aufgaben an eine andere Kommission auch Kosten reduziert werden. Klar ist, dass die FDP für eine vorbehaltlose Gemeinde Worb einsteht. Dafür unnötige Mittel auszugeben macht aus Sicht von unserer Fraktion keinen Sinn. Unsere Gemeinde hat viel mehr eine moderne und effiziente Sicherheitsarchitektur verdient. Diese ist aus Sicht der FDP ohne Sicherheitskommission besser zu realisieren. Vielleicht könnte eine effizientere Kommission eingesetzt werden, gemäss dem Vorstoss, welchen wir heute Abend eingereicht haben. Eine Sonderkommission einzusetzen wäre vielleicht effizienter.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Die Modernisierung des Kommissionswesens. Das war das Thema einer Vernehmlassung, die der Gemeinderat im Herbst 2014 bei den politischen Parteien durchgeführt hat. Gemäss Vorschlag des Gemeinderates sollte einen Teil der ständigen Kommissionen durch nichtständige Kommissionen ersetzt werden, die bei Bedarf zusammengestellt werden. Fünf Parteien haben dazu eine Stellungnahme eingereicht. Die meisten davon lehnten die damaligen Vorschläge des Gemeinderates ab. Aufgrund dieser Rückmeldungen beschloss der Gemeinderat am 12. Januar 2015, dass eine Optimierung nur noch bei der Infrastruktur-, Umwelt- und Sicherheitskommission geprüft wird. Er hat dazu eine gemeinderätliche Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat folgende Punkte festgestellt: Jedes Geschäft muss bekanntlich aus fachlichen und aus politischen Gesichtspunkten beurteilt werden. Die politische Beurteilung durch die entsprechende Kommission bietet dem Gemeinderat eine zusätzliche wertvolle Entscheidungsgrundlage. Eine Auflösung einer Kommission ohne einen entsprechenden Ersatz würde somit eine Lücke hinterlassen. Eine Zusammenfassung von zwei oder drei Kommissionen zu einer einzigen ist wegen der sehr heterogenen Aufgabenbereiche nicht zweckmässig. Aus diesen Gründen schlägt die Arbeitsgruppe vor, dass alle drei Kommissionen weitergeführt werden sollen. Die Sicherheitskommission soll aber neu rein politisch zusammengesetzt sein; die Kommandanten von Feuerwehr und Zivilschutz sowie die Vertretung der Kantonspolizei sollen nur noch mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Weil Änderungen im Kommissionswesen sinnvollerweise auf den Beginn einer neuen Legislatur umgesetzt werden, hat der Gemeinderat die Weiterführung dieses Geschäfts auf das laufende Jahr 2016 terminiert. Nach diesen Vorbemerkungen nun zur vorliegenden Motion, bei der es um die Frage geht, ob es weiterhin eine Sicherheitskommission geben soll. Aufgrund meiner Vorbemerkungen kann ich es hier kurz machen: Wenn man in Sicherheitsfragen nicht nur eine fachliche, sondern auch eine frühzeitige politische Beurteilung wünscht, dann sollte die Sicherheitskommission behalten werden und damit die Motion abgelehnt werden. Gewichtet man aber Effizienz- und Kostenüberlegungen stärker, so spricht dies wohl eher für die Abschaffung der Sicherheitskommission. Für den Gemeinderat ist eine frühzeitige politische Beurteilung grundsätzlich wertvoll. Er gewichtet diesen Aspekt stärker als Kostenüberlegungen. Er spricht sich daher für die Beibehaltung der Sicherheitskommission aus und beantragt die Nichterheblicherklärung der Motion.

Nydegger Stefan, SP: Der Grosse Gemeinderat hat vor nicht allzu langer Zeit beschlossen, die Kommissionen beizubehalten. Die SP-Fraktion bleibt bei dieser Entscheidung. Zudem ist es wahrscheinlich, dass die Sicherheitskommission in nächster Zeit wieder vermehrt Geschäfte behandeln wird, wie zum Beispiel die Umgestaltung des Dorfzentrums. Zudem möchte ich eine persönliche

Randbemerkung anbringen. Ich bin überzeugt, dass es sich die Gemeinde Worb im Interesse der Bevölkerung nicht leisten kann, auf eine Sicherheitskommission zu verzichten. Daher lehnt die SP-Fraktion diese Motion ab.

Kohli Stephan, SVP: Wir von der SVP lehnen diese Motion der FDP ganz klar ab. Wenn wir die Geschäfte nur noch der Verwaltung überlassen, werden die Geschäfte vielleicht rascher behandelt, aber die fachlichen Kompetenzen von Spezialisten fehlen. Ebenfalls fehlen uns in den Fraktionen die Informationen aus den Kommissionen. Wenn wir das Gesamte der Verwaltung überlassen, können wir sicher sein, dass wir externe Berater benötigen und diese kosten schlussendlich mehr Geld. Unserer Ansicht nach wäre dies ein Eigengoal. Aus den genannten Gründen lehnen wir diese Motion ab.

Hauser Adrian, BDP: Die BDP- und GLP-Fraktionen lehnen diese Motion ebenfalls ab. Für uns ist nicht ganz ersichtlich, weshalb die Sicherheitskommission ineffizient ist. Immerhin ist im Verwaltungsbericht ersichtlich, dass sechs Sitzungen stattfanden und 36 Geschäfte behandelt wurden. Dies ist aus meiner Sicht keine geringe Anzahl an Geschäften. Diese Geschäfte der Verwaltung bzw. der Polizeiabteilung abzugeben wird wohl eher auch nicht günstiger werden. Nur eine generelle Anpassung unserer Kommission würde eine Kosteneinsparung bringen. Die BDP- und GLP-Fraktionen sehen in der Sicherheitskommission sehr wohl einen Mehrwert für unsere Gemeinde. Wo, wenn nicht in einer Fachkommission, kann man sich für eine sichere Gemeinde Worb einsetzen?

Cetin Mayk, EVP: Ich habe noch eine Ergänzung zur Effizienz der Kommission. Die Sitzungen der Kommission finden ja nur statt, wenn Geschäfte vorhanden sind. Und das heisst, die Kommission ist sowieso schon effizient. Wie wichtig die Sicherheit ist, über das müssen wir nicht diskutieren. Wir lehnen die Motion ganz klar ab, insbesondere weil in nächster Zeit einige Geschäfte für die Sicherheitskommission anstehen werden.

Beschluss:

Die Motion der FDP-Fraktion betreffend Effizientere, günstigere und schlankere Sicherheitsstrukturen für Worb wird mit 28 zu 7 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Regionales Angebotskonzept öffentlicher Verkehr 2018-2021

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	9	2013/17-273	1410	31/40

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Der Gemeinderat hat im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung zum Regionales Angebotskonzept öffentlicher Verkehr 2018-2021 eine Stellungnahme abgegeben. Das Geschäft ist in der Sitzung vom 14. März 2016 im Gemeinderat behandelt worden. Ich gehe gerne auf die vier Fragen ein. Die Frage betrifft die Organisation der Regionalkonferenz. Geregelt ist die Organisation im kantonalen Gemeindegesetz und im Geschäftsreglement für die Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Das politische Herz der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist die Regionalversammlung. Die Regionalversammlung besteht aus

den Präsidentinnen und Präsidenten der 85 Gemeinden, die zur RKBM gehören. Jeder Gemeindepräsident oder jede Gemeindepräsidentin nimmt mit einer vorgegebenen Anzahl Stimmen an der Abstimmung teil. Die Anzahl Stimmen beruht im Wesentlichen auf der Einwohnerzahl. Ich verfüge so jeweils über fünf Stimmen. Die Regionalversammlung tagt in der Regel zweimal pro Jahr und ist öffentlich. Hier werden die verbindlichen strategischen Entscheide gefällt. Die Geschäfte aus dem Bereich Verkehr werden in der Kommission Verkehr vorbereitet. Hier wird unter anderem das zukünftige regionale Angebotskonzept für den öffentlichen Verkehr ausgearbeitet. Grundlage dazu ist das Agglomerationsprogramm und natürlich das schon bestehende Angebotskonzept für den öffentlichen Verkehr. Das Angebotskonzept wird also auf der Ebene Region ausgearbeitet. Die einzelne Gemeinde kann aber Anträge stellen zum ÖV-Angebot, sie kann im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung eine Stellungnahme zum regionalen Angebotskonzept abgeben und sie kann in der Regionalversammlung im Rahmen ihrer Stimmen Einfluss auf den Entscheid nehmen. Zur zweiten Frage. Die Gemeinden tragen gemäss dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr und dem Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich einen Drittel des Gesamtaufwandes des Kantons für den öffentlichen Verkehr mit. Von den etwa 369 Mio. Franken jährlich übernehmen die Gemeinden 123 Mio. Franken, der Rest, 246 Mio. Franken, verbleibt dem Kanton. Die Beträge der Gemeinden sind durch den Kostenverteilungsschlüssel festgelegt. Ein Drittel wird aufgrund der Anzahl Einwohner und zwei Drittel über das Verkehrsangebot in der jeweiligen Gemeinde berechnet. Das Verkehrsangebot jeder Gemeinde beruht auf den gewichteten Haltestellenabfahrten. Das heisst: Jede Abfahrt eines Verkehrsmittels von einer Haltestelle auf Gemeindegebiet wird gezählt und mit einem Faktor gewichtet, der vom betreffenden Transportmittel abhängt. Dieser Faktor trägt der unterschiedlichen Transportkapazität, dem grösseren Komfort, der anderen Haltestellendichte und den unterschiedlichen Kosten Rechnung. Der Gemeindebeitrag von Worb beträgt aktuell 1,16 Mio. Franken. Die vorgesehene Anpassung des ÖV-Angebots hat nur einen kleinen Einfluss auf den Gemeindebeitrag. Die Bevölkerungsentwicklung einer Gemeinde im Vergleich zum Kanton ist erfahrungsgemäss mindestens so relevant für die Entwicklung des Gemeindebeitrages. Die Fragen drei und vier beantworte ich gleich zusammen. Aufgrund der vorliegenden Benutzerzahlen ist die vorgesehene Integration der Linie 794 in die Linie 795 durchaus nachvollziehbar. Trotzdem gibt es hier ein grosses Aber: Mit dem Wegfall der Linie 794 wird Vielbringen vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten und in Rüfenacht entfällt die Erschliessung innerhalb des Dorfes. Damit kann sich der Gemeinderat keinesfalls einverstanden erklären. Gespräche mit dem Dorfverein Vielbringen haben aufgezeigt, dass die Anschlusszeiten in Worb SBB und in Rüfenacht von Vielbringen aus nicht günstig liegen, so dass die Nutzung der Postautolinie nicht besonders attraktiv ist. Aus diesem Grund fordert der Gemeinderat in seiner Stellungnahme, dass die Anschlusszeiten geprüft und verbessert werden sollen. Anschliessend soll der Linie 794 nochmals eine Chance gegeben werden. Die SP-Fraktion spricht in ihrer Anfrage zurecht den Schülertransport an. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Linie 794 insbesondere auch für ältere Menschen in Vielbringen wichtig ist. In Vielbringen wohnen rund 60 Personen, die 65-jährig und älter sind. Möglichst lange im vertrauten Umfeld leben zu können, ist ein grosses Anliegen älterer Menschen. Die Altersstrategie des Kantons Bern „Ambulant vor stationär“ unterstützt dieses Bedürfnis. Ein Umzug in eines der Zentren von Worb oder Rüfenacht ist sehr schwierig und gemäss der Kommission „Wohnen im Alter“ bei Weitem nicht für alle älteren Menschen aus den verschiedenen Ortsteilen möglich. Wohnraum ohne Barrieren ist bekanntlich Mangelware. Nur mit einem ausreichenden ÖV-Angebot können ältere Menschen auch in Orten wie Vielbringen selbständig und selbstbestimmt leben. Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat in seiner Stellungnahme zum Regionalen Angebotskonzept öffentlicher Verkehr 2018-2021 ausdrücklich festgehalten, dass er von der Regionalkonferenz einen Vorschlag für ein Ortsbuskonzept für die Gemeinde Worb erwartet, falls die Linie 794 tatsächlich wegfallen sollte.

Einfache Anfrage der BDP-Fraktion betreffend ÖV für alle Gemeinde Bewohner

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	10	2013/17-274	1434	31/40

„Leider sind seit 2008 die aussen Orte Wattenwil und Bangerten, mit doch ca.a. 160 Einwohner, nicht mehr am öffentlichen Verkehr Angeschlossen. Dazu einige Fragen, auch aus der Bevölkerung, an den Gemeinderat:

1. Wieso fährt kein Postauto nach Wattenwil/Bangerten?
2. Was kostet ein minimaler Postauto Verkehr nach Wattenwil/Bangerten?
3. Wie viele Passagiere braucht es im Schnitt pro Tag?
4. Wird in naher Zukunft wieder einmal mit der Postauto AG verhandelt?
5. Wäre eine Zusammenlegung der Linie die nach Wikartswil führt möglich?
6. Kann man die kosten mit Walkringen teilen?
7. Was kostet Walkringen die Linie nach Wikartswil?
8. Wenn die Umzonung kommt, kommt auch das Postauto wieder?“

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Multifunktionsplatz/Dreiklang

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	11	2013/17-275	1435	33/20/2

„Im März hat der Grosse Gemeinderat einen Kredit von Fr. 282'000.00 für den Multifunktionsplatz bewilligt. Im April hat die HAWO Wohngenossenschaft gegen die Projekte Multifunktionsplatz Sternenmatte und Dreiklang eine Einsprache eingereicht. Seither hat man bezüglich dieser Projekte seitens Gemeinderat nichts mehr gehört. Die SP Fraktion will darum Antworten auf folgende Fragen:

1. Wie stellt sich der Gemeinderat zu den Vorbehalten der Einsprechenden bezüglich der Projekte (Kostenintransparenz Miete Multifunktionsplatz, massive Abweichung zur Originalvorlage Dreiklang über die das Volk abgestimmt hat)?
2. Wie lange dauert das Einspracheverfahren maximal, wenn die Einsprecher an die nächste höhere Instanz gelangen?
3. Welche Alternativen hat sich der Gemeinderat überlegt?
4. Warum wurde der Ausbau mit zwei Volluntergeschossen nicht noch einmal genau überprüft, als es laut der Dreiklang Hofmatt AG im Februar 2016, dazu noch gereicht hätte?
5. Warum wurde die Planung eines Multifunktionsplatzes nicht früher an die Hand genommen (an der GGR-Sitzung vom 7. Dezember 2015 erhielt Ch. Kühn folgende Antwort: Das Geschäft befindet sich derzeit in der Vorbereitung. Der Gemeinderat kann derzeit keine detaillierte und umfassende Antwort geben)?
6. Warum wurde die unmittelbare Nachbarschaft weder einbezogen noch informiert?
7. Was gedenkt der Gemeinderat aus diesen Hauruckübungen zu lernen?“

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Hauswartkonzept

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	12	2013/17-276	1436	32/0

„Dem Verwaltungsbericht konnten wir entnehmen, dass 2014-2015 ein neues Hauswartekonzept erstellt und umgesetzt wurde. Dieses führt gemäss Verwaltungsbericht bei Teilen der Lehrkräfte zu gewissen Unsicherheiten. Bisher wurde der GGR noch nie über das neue Hauswartekonzept informiert was wir sehr bedauern. In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie war die Arbeit der Hauswarte bisher organisiert (Aufgaben, Zuständigkeiten, etc.)?
2. Welches sind die Ziele des neuen Hauswartekonzepts? Innerhalb welcher Frist sollen diese Ziele erreicht werden?
3. Wie ist die Arbeit der Hauswarte unter dem neuen Hauswartekonzept organisiert (Aufgaben, Zuständigkeiten, etc.)?
4. Welche Auswirkungen auf die Qualität der Dienstleistung der Hauswarte hat das neue Hauswartekonzept? Können alle bisherigen Leistungen weiterhin erbracht werden oder führt das neue Hauswartekonzept zu Leistungsreduktionen?
5. Wurde der Lehrkörper in die Erarbeitung des neuen Hauswartekonzepts einbezogen? Wie wurde dieses in den Schulen kommuniziert?
6. Gemäss dem Verwaltungsbericht (S. 31) hat das neue Hauswartekonzept wiederkehrende Einsparungen von CHF 130'000 zur Folge. Wodurch werden diese Einsparungen realisiert?
7. Auf S. 20 des Verwaltungsberichtes wird erwähnt, dass bei den hauptamtlichen Hauswarten eine Reduktion um 100 Stellenprozenten realisiert werden kann. Mussten oder müssen für diese Reduktion Kündigungen ausgesprochen werden?
8. Gemäss dem Verwaltungsbericht liegen nach einem Jahr (August 2016) erste Erkenntnisse und Ergebnisse vor. Welches sind die bisherigen Erkenntnisse und sind Änderungen (wenn ja, welche) vorgesehen?“

Motion der FDP-Fraktion betreffend SOKO - WIWO SOnderKOmission Wlrtschaft - WOrb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	13	2013/17-277	1437	31/60

„Der Gemeinderat wird beauftragt, rasch eine unabhängige, befristete Sonderkommission für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung von Worb und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Worb einzusetzen.

Begründung:

Aufgrund des dramatischen Einbruchs der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen in Worb, ist für den GR dringend Handlung angesagt. Zudem liegt Worb im Benchmark beim Steuerertrag der JP weit hinter den umliegenden Gemeinden zurück.

Die FDP ist von dieser Tatsache besorgt, deshalb soll rasch eine unabhängige, befristete Sonderkommission eingesetzt werden. Die FDP sieht den Auftrag der Sonderkommission wie folgt:

Vernetzung der Wirtschaft und der Politik sicherstellen

Erhaltung und Unterstützung der bereits ansässigen Firmen fördern

Neuen Unternehmungen ansiedeln

Die FDP sieht die Zusammensetzung dieser Sonderkommission wie folgt:

Wirtschaftsvertreter aus dem GR

Vertreter der Wirtschaftsparteien

Vertreter des Worber Gwärb

Ev. Ein Vertreter der Ortsmarketingkommission als Bindeglied

Mit dieser Sonderkommission soll eine Verbesserung der Vernetzung von Politik und Wirtschaft erreicht und der Wirtschaftsstandort Worb gestärkt werden.“

Interpellation der GLP-Fraktion betreffend Rüfenacht-Strategie des Gemeinderates

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 366	23.05.2016	14	2013/17-278	1438	12/10/5

„Am 1. Februar 2016 hat der Gemeinderat nach zwei Retraiten ein Papier „Rüfenacht – Aufgabenschwerpunkte, längerfristige Zielsetzungen und Massnahmen“ beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt. In den sechs Kapiteln Planung, Infrastruktur, Wirtschaft, Verkehr, Versorgung und Kommunikation werden längerfristige Zielsetzungen formuliert sowie Massnahmen samt den zuständigen Amtsstellen festgelegt.

Die GLP begrüsst diese Initiative des Gemeinderates, auch wenn sie bedauert, dass der Gemeinderat die Massnahmen im stillen Kämmerchen und nicht im Dialog mit der Rüfenachter Bevölkerung beschlossen hat. Sie vermisst zudem eine Vision für Rüfenacht. Sie hält aber das Papier für einen guten Ausgangspunkt, um die Rüfenachter Probleme anzugehen, möchte aber verhindern, dass dieses zu einem Papiertiger wird und in einer Schublade verschwindet. Die GLP hält das Papier noch für unvollständig und ausbaufähig, so wird z.B. bei der Kommunikation die Rolle der Rüfenachter „Spycher Post“ nicht angesprochen. Sie vermisst ferner kurz- und mittelfristige Massnahmen und einen konkreten Zeitplan.

Daher bittet die GLP-Fraktion den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Gemeinderat bereit, eine Vision für Rüfenacht zu entwickeln, das Papier mit einem konkreten Zeitplan ergänzen und die interessierten Kreise zu einer Vernehmlassung einzuladen?
2. Welchen Zeithorizont sieht er mit den „langfristigen“ Massnahmen? Ist er bereit, auch kurz- und mittelfristige Massnahmen zu erarbeiten?
3. Wird das Massnahmenpaket weiterentwickelt, das heisst: ergänzt, korrigiert oder reduziert? Wie soll das geschehen?
4. Ist der Gemeinderat bereit, die in Rüfenacht aktiven Gruppen in die Weiterentwicklung und Umsetzung der „Rüfenacht-Strategie“ einzubeziehen?
5. Ist der Gemeinderat bereit, dieses kooperative Vorgehen durch die Bildung einer „Fachkommission Rüfenacht“, in der z.B. die DGR, die Kirchgemeinde und Rüfenachter Mitglieder des GGR Einsitz nehmen, zu institutionalisieren?
6. Welche Rolle kommt dem Grossen Gemeinderat zu? Wie wird über die Umsetzung informiert?“

Sitzungsende 22:45 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Martin Wälti
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 12. September 2016.

Thomas Wälti
Sekretär